

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbesitzer und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (frei Haus 2,50 M., halbjährlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 090. Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentage 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die erstmalig geplante Kopierleistung oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restleistung anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Einzelgen.-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Montag den 18. Juni 1928

Nummer 140

Geheimkonferenz um die Koalition

Staatssekretär Meißner nimmt als Beauftragter des Reichspräsidenten teil

Vom 5. bis zum 6. Kongress der Kommunistischen Internationale

Von Artur Ewert

Anfang Juni tritt der 6. Kongress der KI in Moskau zusammen. Seine Bedeutung für das revolutionäre Proletariat und die unterdrückten Völker ist ebenso groß, wie die schicksalsschweren, historischen Entscheidungen, die langsam, aber deutlich sichtbar und unaufhaltsam heranreifen. Die kommunistische Internationale wird über vier Jahre revolutionäre Arbeit rückwärts haben, Lehren ziehen, revolutionäre Selbstkritik üben, die Lage der Revolution analysieren, die revolutionären Aufgaben stellen und die Perspektiven der Revolution aufzeigen. Sie wird für den schweren Kampf des Proletariats erneut die Waffen schmieden, den leninistischen Mut und die Voraussicht stärken, die Erkenntnis über den Weg zur Diktatur des Proletariats in den kapitalistischen Ländern der Befreiung der unterdrückten Völker und über die Probleme des sozialistischen Aufbaus vertiefen.

Der 5. Weltkongress trat nach einer Zeit schwerster Niederlagen des revolutionären Proletariats zusammen. In Bulgarien, Deutschland, Estland, Polen, Schottland, Tschechien, unterläßt von der Sozialdemokratie, die Arbeiterklasse. Ein faschistisches Regime in einer Reihe von Ländern wurde aufgestellt, die revolutionären Organisationen wurden unterdrückt, tausende Kommunisten ermordet oder lebendig hinter Gittermauern begraben.

Gleichzeitig begann jene Episode des „demokratischen Pazifismus“, die der Täuschung der Arbeiterklasse in den hochentwickelten kapitalistischen Industriestaaten diente. Die Labour-Regierung in England — zugleich ein Ausbruch der wachsenden Radikalisierung der Arbeiterklasse und des Verfalls der Bourgeoisie, diese mit Hilfe des Reformismus und Sozialimperialismus zu zerlegen und zu schlagen — fällt in diese Zeit.

Und die Lage in Deutschland: Wir haben die Liquidierung der außenpolitischen Konsequenzen der Ruhrpolitik, die Vertiefung der kapitalistischen Wirtschaft durch Dawesplan und die Goldströme aus Amerika, durch eine rücksichtslos gegen die Arbeiterklasse durchgeführte Rationalisierung. Systematisch wurden auf der Grundlage unserer Niederlage von 1923 von Bourgeoisie und Sozialdemokratie die innerpolitischen Voraussetzungen für die Wiederaufrichtung des deutschen Imperialismus geschaffen. Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund war die Anerkennung dieser Tatsache durch die imperialistischen Länder der westeuropäischen Staaten, die letzte Bürgerkriegsregierung der innerpolitische Ausbruch des zeitweiligen Abnehmens der revolutionären Welle und der beginnenden neuen außenpolitischen Orientierung der deutschen Bourgeoisie.

Simmer mehr ist jene „demokratisch-pazifistische“ Episode durch die systematische und direkte Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion abgelöst, der Krieg gegen die revolutionären Kräfte in China verhängt worden. Was MacDonald mit seinem Einwohnerbrief in England einleitete — Baldwin hat es weitergeführt. Der Abbruch der Beziehungen mit der Sowjetunion als einer Etappe auf dem Wege des Krieges wurde durchgeführt. Herriot in Frankreich wurde durch die Poincaré-Regierung ersetzt. Die Aufgabe, die einst die imperialistische Antikommunisten zu bilden, übertrug die Bourgeoisie ihren erfahrensten Kriegsführern und Organisationsleuten.

Gleichzeitig steigerten sich die imperialistischen Gegensätze und das Betrübte. Ein stilles, erdbeeretes Ringen zwischen den mächtigsten imperialistischen Mächten, Amerika und England, führte zum Scheitern der Genève-Konferenz. Der Gegenatz zwischen Frankreich und Italien verschärfte sich. Neue Kriegserbe entwickelten sich auf dem Balkan und in den östlichen Randstaaten zwischen Polen und Litauen. Ihre Spitze aber findet diese Kriegsvorbereitung der akuten Bedrohung der Sowjetunion, in der England immer mehr die treibende und organisierende Kraft wird.

Gleichzeitig wuchsen die nationalen Revolutionen in China und Indonesien, die Aufrüste im Rif und in Spanien, die nationale Freiheitsbewegung in Indien und Kambodscha zu riesigen Volksbewegungen heran, deren Entwicklung zur revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern auch die Umwandlung der nationalen Bourgeoisie ins Lager der Konturrevolution wohl bemerken, aber nicht mehr verhindern kann.

Es wuchs die Sowjetunion trotz aller äußeren und inneren Schwierigkeiten zu einem Riesen heran, der jetzt mit festen Schritten den Weg der Industrialisierung geht, die ersten großen und bahnbrechenden Anfänge in der Kollektivierung der Landwirtschaft macht.

So tritt der 6. Kongress in einer Werra gesteigertem Kriegsvorbereitungen zusammen. Für unseren Kampf ist es wichtig, daß ein neuer imperialistischer Faktor, den es 1924 nicht gab, auf den Plan getreten ist: Deutschland. Mit 1924 nicht gab, auf den Plan getreten ist: Deutschland. Mit einer ungeheuren ökonomischen Macht — Chemie, Eisen, Kohle — schiebt es sich immer stärker, trotz Entwaffnung, Fühlens von Kolonien und Dawes-Befreiungen, als mitwirkende Kraft in die imperialistischen Gegensätze und die Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion hinein.

Die Situation in der Arbeiterbewegung brachte uns in den Jahren 1924—1926 das Wachstum des Sozialimperialismus, die Kapitulation des Zentrismus vor ihm. Auch

Hermann Müller verhandelt mit Stresemann

Wie wir erfahren, fand im Laufe des Sonnabends in der Wohnung des Reichsaußenministers Gustav Stresemann eine vertrauliche Besprechung zwischen Stresemann, als dem Führer der Deutschen Volkspartei, und Hermann Müller über die Frage der Regierungsbildung statt. Diese Aussprache, die mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand Stresemanns nicht im Reichstag abgehalten wurde, wurde auch bei den dortigen interfraktionellen Verhandlungen sämtlicher Koalitionsparteien über das fünftägige Regierungsprogramm, die gleichfalls am Sonnabend stattfanden, nicht erwähnt.

Der Grund für den Geheimcharakter der Besprechung, für ihre Verheimlichung vor den übrigen Parteimitgliedern und Parlamentariern sowie vor allem vor der gesamten Presse dürfte in erster Linie darin zu suchen sein, daß an der Besprechung der Staatssekretär des Reichspräsidenten, Herr Meißner, im Auftrag Hindenburgs teilnahm. Es handelte sich bei der ganzen Unterredung also um das von der Reichspresse bereits seit mehreren Tagen angefühlte Eingreifen Hindenburgs zugunsten einer baldigen Beendigung des Koalitionsstellers.

Die Besprechungen gingen vorwiegend um die Frage der Übereinstimmung der zu bildenden Regierung mit den Völkervereinbarungen, wobei von sozialdemokratischer Seite das Zugeständnis an den Freitagesstandpunkt der Deutschen Volkspartei gemacht wurde, daß die SPD einer gleichzeitigen Erweiterung der Preußenregierung nach rechts mit der Bildung der Großen Koalition im Reich zustimmen würde, ihrerseits aber fordere, daß auch in Bayern und Württemberg Regierungen der Großen Koalition gebildet und sozialdemokratische Minister mit aufgenommen würden. Staatssekretär Meißner, der als Sprecher Hindenburgs fungierte, brachte die Auffassung des Reichspräsidenten zum Ausdruck, wonach die Verhandlungen über die Regierungsbildung möglichst abzukürzen seien, damit die Große Koalition, die von Hindenburg begrüßt werde, tunlichst ohne Verletzung des Freitages, gebildet werden könne. Staatssekretär Meißner wies u. a. gegenüber Hermann Müller auf die Tatsache hin, daß der Reichspräsident schon beim Empfang des neuen Reichstagspräsidiums demonstrativ die Wiederwahl des Sozialdemokraten Lobe zum

Reichstagspräsidenten begrüßt und auch hiermit seiner Genugtuung über den Kurs der Großen Koalition, die Aufnahme von Sozialdemokraten in das Kabinett, Ausdruck gegeben habe.

Im weiteren Verlauf der Besprechungen ergab sich eine vollständige politische Übereinstimmung in allen angechnittenen Fragen zwischen dem Führer der SPD, dem Vertreter Hindenburgs und dem Reichsaußenminister Stresemann. Diese Übereinstimmung zeigte sich sowohl in den Fragen der Außenpolitik, der Rheinlandräumung, der Reichswehr, der Panzerkreuzer, als auch bei den wichtigsten wirtschaftspolitischen Problemen.

Die vorstehenden Mitteilungen kennzeichnen aufs deutliche den wahren Charakter des Koalitionsstellers der SPD-Führer. Die Große Koalition, mit der sie aus dem Aufmach der neun Millionen sozialdemokratischer Wähler ein Schicksal machen wollen, wird im Zeichen Hindenburgs geboren. Der monarchistische Präsident der Republik, der kaiserliche Generalfeldmarschall a. D., gibt seinen Segen zum Einzug der sozialdemokratischen Führer in die Reichsregierung. Er weiß sehr wohl, warum er das tut!

Die Rolle des Staatssekretärs Meißner, des Beauftragten Hindenburgs, bei dieser Gelegenheit ist gleichfalls sehr charakteristisch und lehrreich für die Arbeiterklasse. Meißner hat schon häufig die Verbindung zwischen Trunkkapital einerseits und sozialdemokratischer Führung andererseits hergestellt. Schon unter Fritz Ebert bekleidete er, der der Volkspartei nahesteht, seine heutige Funktion beim Reichspräsidenten. Er war es, der seinerzeit Hugo Stinnes und den verstorbenen Erzreformisten Legein zusammenführte, und auf seinen Vorschlag wurde ein Schiff der Stinnes-Linie auf den Namen „Karl-Legien“ getauft.

Auch jetzt, wo die deutsche Bourgeoisie zur Durchsetzung ihrer imperialistischen Pläne die Mitteln sozialdemokratischer Führer für wünschenswert hält und bereit ist, ihnen für ihre Dienste sogar einige Ministerstellen einzuräumen, tritt Herr Meißner wiederum in Aktion, um ein für alle Seiten annehmbares Kompromiß herbeizuführen.

Die Arbeiterklasse hat alle Ursache, den neuen Beweis für den verräterischen und antiproletarischen Kurs der sozialdemokratischen Koalitionspolitik nicht zu den Akten zu legen, sondern als Anlaß zur Vertiefung ihres Klassenkampfes gegen die Koalition zu gebrauchen!

hier zeigt sich der Reflex der imperialistischen Gesamtentwicklung besonders deutlich in England. Dem Abbruch der Beziehungen der Baldwin-Regierung mit der Sowjetunion folgte der Abbruch der Beziehungen des Generalrats der englischen mit den russischen Gewerkschaften, die Sprengung des Anglo-Russischen Komitees. An der Schwelle der Revolution in England, am Vorabend des Krieges gegen die Sowjetunion stehend, klühten die zentralistischen Gewerkschaftsführer ins Lager des Imperialismus, schloßen die Arbeitergemeinschaft mit dem Chemikerkongress. In Italien sehen wir den Abmarsch des größten Teils der reformistischen Führer ins Lager Mussolinis, in Polen zu Pilsudski.

Und brachte uns Deutschland trotz des Fehlens revolutionärer Kämpfe nicht dieselbe Steigerung des Sozialimperialismus im Reformismus? Denken wir an die Haltung der reformistischen Führer beim englischen Bergarbeiterstreik, denken wir an die energische Vertretung der Interessen der deutschen Kapitalisten auf der internationalen Wirtschaftskonferenz durch sie, an ihre Haltung zum Dawes-Pakt, zur Rationalisierung, zu den Wirtschaftskämpfen, an ihre infame Dose gegen die Sowjetunion. Vergessen wir nicht für einen Moment die Bedeutung der jetzt in der Bildung begriffenen Regierung der Gro-

7 Streckenarbeiter getötet

U. Kattowitz, 16. Juni. Auf der Eisenbahnstrecke zwischen Bendzin und Dombrowa hat sich ein schweres Unglück ereignet. Dort fuhr ein Güterzug mit voller Geschwindigkeit in eine Bahnarbeitergruppe hinein, die einem aus entgegengelegter Richtung kommenden Zug ausweichen wollte. 6 Arbeiter wurden auf der Stelle getötet. Ein weiterer Arbeiter, der die Geistesgegenwart besaß, sah neben dem Geleis zu werfen, wurde so schwer verletzt, daß er auf dem Transport zum Krankenhaus verstarb. Die Untersuchung ergab, daß den Lokomotivführer keine Schuld trifft, da die Strecke an der Unglücksstelle sehr unübersichtlich ist. Die Schuld dürfte den Kolonnenführer treffen, der allem Anschein nach nicht die nötigen Vorsichtsmaßnahmen getroffen hatte.

ßen Koalition. Die Bourgeoisie will sich durch die Regierungsbeteiligung der SPD die Massenbasis innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiter für die Durchführung ihrer imperialistischen Pläne sichern, den Riesen Proletariat an der Sprengung seiner Fesseln hindern. Die positive Beziehung des Imperialismus durch die Sozialdemokratie, die sich offenkundig im Weltkrieg zeigte, soll ja auch in den Dienst der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion gestellt werden.

Die Widersprüche des kapitalistischen Systems, das Wachstum des Sozialimperialismus führt in immer stärkerem Maße zur Entfaltung einer breiten Linksbewegung der proletarischen Massen in allen wichtigen kapitalistischen Ländern Europas, der Zusammenfassung des revolutionären Teils in den kommunistischen Parteien. Der Generalstreik und Bergarbeiterkampf in England, der Kampf der revolutionären Arbeiter Italiens gegen den Faschismus, die Wahlerfolge in der Tschechoslowakei, Polen, Frankreich und Deutschland beweisen dies. Die Stabilisierung hat das Lager der Revolution nicht geschwächt. Es ist stärker geworden. Auf erhöhten Stufenleiter bereiten sich Kämpfe größter Ausmaße vor.

Gewaltig und verschiedenartig zugleich sind die Aufgaben der Komintern. Ihre führende Partei leitet die Diktatur des Proletariats auf einem Sechstel der Erde. Ihre Sektionen organisieren die täglichen Kämpfe wie auch den Kampf um die Diktatur des Proletariats unter den ganz verschiedenen Verhältnissen jedes Landes. In den Kolonien werden in einer stürmischen und wechselvollen Kampferbe die Parteien und Führer geschmiedet, die allein die gewaltigen Volksmassen Afrikas zur Lösung der lokalen und nationalen Fragen auf der Grundlage des Sozialismus führen können.

Auch die innerparteiliche Entwicklung der Sektionen der Komintern hat seit dem 5. Weltkongress Fortschritte gemacht. Auf dem letzten Kongress fand die große Auseinandersetzung mit den opportunistischen Strömungen, ihre Liquidierung statt. Die Lehren aus den Fehlern des Oktober 1923 wurden gezogen und von der überwältigenden Mehrheit der deutschen Partei anerkannt und verstanden.

Aber es war auch der 5. Kongress, der die erste Revolution gegen den Trozkismus annahm. Unter dem Herrschaftsneuer Schwierigkeiten entwickelte sich dieser sowohl in der Sow-

teufen als auch in den kapitalistischen Ländern als ein erster Schritt zur Überwindung der kapitalistischen Welt. Heute können wir feststellen, daß diese in diesem Gewande auftretende, ihrem Wesen nach konterrevolutionäre Ideologie in der gesamten kommunistischen Bewegung, ihre Träger aus den kommunistischen Parteien entfernt hat. — In Deutschland, Polen, Frankreich, Belgien, Tschechoslowakei usw. Dieser Kampf hat nicht nur für unsere Arbeit unerschütterliche Hemmnisse beseitigt, sondern auch die Schulung unserer Parteien, ihr Bestehen für die schwierigen Aufgaben der Revolution bereichert. Insbesondere gilt dies für die KPD, die durch den „Offenen Brief“ der Exekutive der KJ von 1923 auf das tiefste ausgewählt, auf die entscheidenden Aufgaben unter den Massen, auf den Weg der innerparteilichen Konzentration auf der Linie der KJ gestützt wurde und dabei die Kraft fand, sich von einer Gruppe von „Rührern“ zu befreien und den Weg neuen Aufstiegs zu beschreiten. Heute ist die Einheit der Partei durch sie selbst und die Komintern gewährleistet. Die Massen haben die Bedeutung der einheitlichen Arbeit erkannt; sie wissen auch, welche Gefahr jede Abweichung von der Linie der KJ bedeutet.

Gewaltige Aufgaben stehen vor uns. Im Kampf gegen den Krieg müssen wir die im Mai des vergangenen Jahres von der Exekutive angenommene Resolution zur Kriegsfrage durch aktive Arbeit ins Leben umsetzen. Die vorwärtsstrebende Linksbewegung verpflichtet uns, stärker wie bisher die Organisationsarbeit der täglichen Kämpfe der Arbeiterklasse zu werden. Die Perspektive großer Kämpfe erfordert, alle Fragen unter dem Gesichtspunkt der Organisierung der Revolution zu betrachten. Die Tatsache, daß noch Millionen Arbeiter der Sozialdemokratie folgen, zwingt uns zur Anwendung der Einheitsfronttaktik, um diese Massen für die großen Kämpfe der nächsten Zeit zu gewinnen. Allein in ihnen werden sie zu der Kraft heranwachsen, die die Bourgeoisie schlägt, den Reformismus überwindet. Die immer enger werdende Verbindung von bürgerlichem Staatsapparat und reformistischen Führern, die immer stärker in Erscheinung tretende sozialimperialistische Ideologie der Sozialdemokratie steigert den Druck auf die Arbeiterklasse und ihre Bewegung, vertritt und schwächt sie. Jede Halbheit im Kampf gegen den Reformismus muß sich rächen, erleichtert die Absichten der reformistischen Führer, wirkt nicht anziehend und werbend für die Revolution. Die innerparteilichen Konsequenzen sind klar: eine feste Einheit, größte Klarheit im Kampf gegen den Reformismus, kein Schwanken gegenüber ihm, Verhinderung jedes Versuches, dem Opportunismus, in welcher Gestalt immer, Eingang in die Partei zu verschaffen. Gleichzeitig aber Entwicklung einer politischen, die Partei beherrschenden Selbstkritik, um die schwierigen Aufgaben noch besser zu lösen, Entfaltung der größtmöglichen Parteidemokratie, um unter den noch vorhandenen Bedingungen der legalen Massenarbeit die Erziehung und Auslese der besten Kräfte, breiterer Führerlades zu beschleunigen. Die Fragen stehen nicht nur vor unserer Partei, sondern vor den meisten Sektionen. Sie sind ein untrennbarer Bestandteil des Problems der Gewinnung der Massen für den Kommunismus.

Heran an die Massen! war die Losung des 3. Weltkongresses im Jahre 1921. Seit jenen Tagen haben wir große Fehler gemacht, aber auch gelernt. Der Kommunismus ist heute auf dem Vormarsch, breitere Volksmassen hören auf unsere Stimme, arbeiten mit uns in den Gewerkschaften, rufen zu neuen Kämpfen, die zunächst noch nicht entscheidend sein werden. Aber wie wir uns in ihnen schlagen und beharren, wie weit wir die Arbeiterklasse auf den Weg ihres Kampfes zu führen verstehen, davon hängt in entscheidender Weise das Schicksal der kommenden deutschen Revolution ab, die ihre ersten Schatten in der Linksbewegung der Massen vorauswirft. Durch die Gewinnung der Massen zur Revolution — für diesen Weg und Kampf wird der 6. Kongress uns neue Richtlinien geben. Er wird allen Sektionen, der gesamten Arbeiterklasse, den unterdrückten Völkern in dem „Programm der Kommunistischen Internationale“ den Wegweiser, die Richtschnur für das Handeln geben. Dem Programm, das aus dem Leben und dem Kampf der Hunderte von Millionen Ausgebeuteter geboren ist, zum Sieg zu verhelfen, ist die Aufgabe, die uns in der Epoche des Imperialismus gestellt ist. Wir werden sie lösen!

Gewerkschaftskonferenz des Bezirks Ostschlesien

Stellungnahme zum KJ-Kongress

Am Sonnabend und Sonntag fand im Bürgergarten in Dresden die Gewerkschaftskonferenz des Bezirks Ostschlesien statt. Die Konferenz nahm Stellung zu den Beschlüssen des 4. Weltkongresses der KJ. Die starke Beteiligung aller Ortsgruppen und die rege Diskussion zeigten das Interesse, das von der gesamten Partei den wesentlichen Fragen der Gewerkschaftsarbeit entgegengebracht wird.

In erster Arbeit wurden die Grundfragen, aber auch die besondere Taktik unserer Gewerkschaftsarbeit besprochen. Fehler und Mängel wurden mit aller Sachlichkeit, aber auch aller Schärfe kritisiert. Aber gerade diese Konferenz zeigte, wie sehr die Partei gewachsen, zeigte die Vertiefung der Arbeit und die Klärung der Theorie und ihre praktische Anwendung durch die breiten Massen der Mitglieder. Allgemein wurde die Notwendigkeit der stärkeren Durchführung unserer Linie anerkannt. Die Genossen, die gegen die Beschlüsse auftraten, die seit einigen Wochen in der Partei einen Kampf für die Aenderung der Linie führen, blieben absolut isoliert. Auch in Ostschlesien hat die Partei einen Grad der Reife gewonnen, der die Masse der Mitglieder befähigt, zu erkennen, wo die Linie der jetzigen Opponenten enden muß, wenn sie diese Linie weiter verfolgen. Die Delegierten erkannten, daß der Weg der Opponenten zur Liquidierung der Gewerkschaftsarbeit der Partei, und darüber hinaus zur Aufgabe der Partei selbst führt.

Durch die Abstimmung gaben dann die Delegierten zu erkennen, daß sie auf diesem Wege nicht mitgehen. Stimmberechtigte Delegierte waren auf der Konferenz anwesend 193, darunter 15 Genossinnen. Hinzu kamen noch zwölf stimmberechtigte Vertreter der kommunistischen Jugend. Von diesen insgesamt 205 Delegierten stimmten 200 für die Resolution der Bezirksleitung über die Annahme der KJ-Beschlüsse. Nur ein Delegierter stimmte gegen die Resolution, und vier Delegierte enthielten sich der Stimme. Bei der dann nochmals unter Einbeziehung aller Anwesenden durchgeführten Abstimmung, an der auch die zahlreichen als Gäste anwesenden Parteimitglieder teilnahmen, so daß fast 250 Personen abstimmten, blieb das Stimmresultat das gleiche. Die Opponenten erhielten wieder nur eine Stimme, vier enthielten sich der Abstimmung. Wir kommen morgen auf die Konferenz noch zurück.

Die Berliner Elternratswahlen

Berlin, 18. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Zu den Elternratswahlen wird folgendes mitgeteilt: Von 46 Schulen liegt folgendes Ergebnis vor: Liste proletarischer Schulkampf 112 Mandate, Liste Schulaufbau 57 Mandate, Christlich-unpolitische Liste 288 Mandate. Von 21 Schulen im 4. Bezirk wurden abgegeben: Proletarischer Schulkampf 1988 Stimmen, 66 Mandate; Schulaufbau 559 Stimmen, 13 Mandate; Christlich-unpolitische Liste 3212 Stimmen, 118 Mandate. Von 14 weltlichen Schulen: Proletarischer Schulkampf 72 Mandate, Schulaufbau 57 Mandate. Bei den weltlichen Schulen hat die Liste Proletarischer Schulkampf die Mehrheit erobert.

Verbandsstag der Lederarbeiter

Die Eröffnung

Vorgestern begann der Verbandstag des Lederarbeiterverbandes im Schwartzenbergpark in Dresden. Er wurde mit einem Wort von dem Vorsitzenden des Verbandes, dem Arbeiterminister E. L. n. e. r. Vor drei Tagen lehten die sächsischen Sozialdemokraten im Sächsischen Landtag jedes Zusammenarbeiten mit dem Sozialfaschismus ab, und heute spricht dieser KSDV auf einem freigewerkschaftlichen Verbandstag. Es ist tatsächlich eine Schande, daß man solchen Leuten nicht die Tür zeigt. Was sagt denn nun dieser „Arbeitervertreter“? Er berief sich auf seine zehnjährige Tätigkeit als Angestellter des Sattlerverbandes und sprach von dem Segen, den dieser Verbandstag der Wirtschaft (gemeint ist natürlich die kapitalistische Profitwirtschaft) bringen wird. Der Vertreter des sächsischen Lederarbeiterverbandes sprach sich dann für die Anschließbewegung aus und dann vernahm man die Ausführungen des Zentralvorstandes Maler. Er betonte, daß es unmöglich sei, allein auf gewerkschaftlicher Basis

wirtschaftliche Vorteile für die Arbeiterhaft herauszuholen zu können. Es gehöre auch der politische Kampf dazu. Welcher politische Kampf (etwa der der Großen Koalition)? Er erinnerte an den Verbandstag vor 25 Jahren in Dresden und betonte dabei, daß zu damaliger Zeit noch keine Frauen im Verbande organisiert waren, heute aber ein Fünftel der Mitgliedschaft von den Frauen gestellt wird. Er verließ sich dann auf die Behauptung, man habe die Gleichberechtigung der Frauen im wirtschaftlichen und politischen Leben erkämpft. Tatsache ist aber, daß die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frau am besten dokumentiert wird durch die um 30 Prozent niedrigeren Löhne der Frau. Als nun die Versammlung, die sich in gehobener Zustimmung befand, die Musik des Kaufmann-Orchesters erwartete, schritt man auf einmal dazu, entgegen allen sonstigen Gepflogenheiten, das Vorstandsbureau des Verbandstages zu wählen. Nur durch Eingreifen der Opposition konnte dieses vermieden werden. Was bezweckt man damit? Heute beginnt nun die Tagesordnung. Der Verbandstag wird eine Woche dauern, wir werden darüber berichten.

Zarifikündigung im ober-schlesischen Bergbau

Rattowitz, 18. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die Lohnsätze im ober-schlesischen Bergbau sind zum 1. Juli d. J. von den Arbeitnehmern gekündigt worden. Die Forderungen der Bergarbeiter wurden nicht bekanntgegeben. Sie sollen erst bei Beginn der Verhandlungen bekanntgegeben werden.

Gelandet!

Der Sozialdemokratische Pressedienst meldet: Im Anschluß an den schon kurz vor der Reichstagswahl von der großen Mehrheit des Leninbundes vollzogenen Uebertritt zur Sozialdemokratie hat nunmehr eine Generalversammlung der Verlags-gesellschaft „Volkswille“ in Suhl mit 121 gegen 14 Stimmen einer Statutenänderung zugestimmt, wonach die Verlags-gesellschaft „Volkswille“ in Zukunft eine sozialdemokratische Zeitung herausgibt.

Demit sind die allerletzten Zweifel behoben, nicht nur darüber, was mit dem Sühler „Volkswille“ der Ultralinken geschehen ist, sondern wofür der Weg führt, der von Moskau und Ruth Räder begangen, von Guido Baum konsequent zu Ende gegangen worden ist. Die Lehre dieses beispiellosen Verrats wird für alle Parteien der kommunistischen Internationale, aber besonders für ihre deutsche Sektion unerschütterlich sein.

Das Deutsche Arbeiter-Sängerfest

Hannover, 18. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Zu dem in Hannover stattfindenden Arbeiter-Sängerfest sind allein am letzten Sonnabend 35 Extrazüge eingetroffen. Die Stadtdirektion hatte die Stadt reichlich geschmückt, jedoch nicht bei weitem so, wie beim Deutschen Sängerfest vor ungefähr zwei Jahren. Die am Bahnhof aufgestellten Triumphbögen waren in den Farben Schwarz-Rot-Gold geschmückt. Von gegen ein Teil der revolutionären Sängerkorps erhob. Von vielen Korps innerhalb der Stadt war seit gar nichts zu sehen. Die SPD verurteilte Propaganda zu machen und betonte, daß in Hannover die Sozialdemokratie 52 Prozent der Stimmen erhalten hätte. Die Berliner Sängerkorps: „Seht nach Berlin!“ Am Schluß der Reden wurden lebhafteste Kontraste laut. Um 16 Uhr fand der Begrüßungsanmarsch statt, dann offizielle Eröffnung des Festes, an dem Arbeitsminister Dr. Feder, der Oberbürgermeister der Stadt, und verschiedene Behördenvertreter erschienen. Gäste sind gekommen aus Österreich, der Schweiz, Ungarn, Polen, Niederlande, Amerika. Sämtliche Ansprachen waren von dem Geist der „Arbeitsgemeinschaft“ getragen. Es war kein Unterschied in den einzelnen Reden zwischen es Reden von Dr. Feder oder vom Sozialdemokraten Wrenn. Ein SPD-Redner wurde nicht zugelassen. Vom Gau Berlin spielte eine KJ-Kapelle. Das Stadion war dichtbesetzt; von circa 50.000 Menschen. Hier fielen besonders auf die Reden „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“, „Lord Koleson“, „Sturm“ Nachdem die Arbeiter etwas warm geworden waren, lang man die „Internationale“.

Das Ganze war ein Beweis der kulturellen Kraft der Arbeiterklasse. Diese kulturelle Bewegung der proletarischen Sängerkorps aber eingereicht werden in den proletarischen Klassenkampf.

Glänzender Verlauf des Raft

Berlin, 18. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Trotz der von der SPD, trotz der vom Vorwärts organisierten Sabotage des Reichsarbeiter-Sporttages und wiederholt niedergegangenen Regens war der Aufmarsch der Berliner Arbeitersportler ein glänzender. Rühmlichst arbeitete der Arbeiter-Sportler auf. Die Mannschaft „Schwarzrotgold“ zeigte sehr gute Demonstrationen. Besonders interessierten die Zuschauer die Rennfahrer des Arbeiter-Radsportvereins „Solidarität“, ebenso ein Schachspiel auf der Innenfläche des Stadions.

Ein neuer Ozeanflug

Das amerikanische Flugzeug „Freundschaft“ zum Europaflug gestartet

II. New York. Nach fünfmaligem Startversuch ist das amerikanische Flugzeug „Freundschaft“ gestern um 12.21 Uhr amerikanischer Zeit in Treppassen bei westlichem Winde zum Europaflug gestartet.

Die „Freundschaft“ mitten auf dem Ozean

III. Newport. Der Dampfer „Kexmore“ wurde 600 Meilen von Newfoundland entfernt von dem Ozeanflugzeug „Freundschaft“ angerufen. Die Peilung ergab um 9.45 Uhr MEZ 39 Grad 20 Minuten westlicher Länge und 49 Grad 38 Minuten nördlicher Breite. Das Flugzeug wurde nicht gesichtet, sondern an seinen Signalen festgestellt.

Die „Freundschaft“ hat guten Flug und günstigen Wind

IV. London. Ueber den Start des Flugzeuges „Freundschaft“ von der Treppassbuch auf Newfoundland werden noch folgende Einzelheiten berichtet. Klare Sicht und starke Westwinde sind dem Fluge günstig. Die Wettermeldungen vom Atlantik sind gleichfalls gut. Die „Freundschaft“ ist mit einer drahtlosen Einrichtung ausgerüstet und benutzt für ihre Mittelungen die Zeichen C. O. I. Länge 600 Meter. Das Ziel des Flugzeuges stand bei dem Start noch nicht fest.

Ein Eissturm bedroht Nobiles Zaun

II. Kopenhagen. Aus Nobiles letztem Funkpruch an die „Citta di Milano“ geht hervor, daß in der Gegend seines Standortes ein außerordentlich heftiger Sturm herrscht. Das Eis um das Lager herum bricht auf, so daß er und seine Begleiter sich in größter Gefahr befinden. Nobile bittet nochmals um Gewehr und Munition, da Eisbären das Lager zu überfallen drohen. Vor seiner Abreise nach Bergen hat Amundsen der Kopenhagener Zeitung „Politiken“ eine telefonische Unterredung gewährt und sich dahin geäußert, daß das französische Hilfsflugzeug, das von Frankreich zur Verfügung gestellt worden ist, etwa 5000 Kilometer ohne Zwischenlandung zurücklegen in der Lage sei, so daß man auf ein Schiff als Flugbasis rechnen könne. Die Expedition werde spätestens am Montag früh Bergen verlassen und nach am gleichen Tage Kopenhagen erreichen. Wenn alles gut gehe, werde man bereits am Dienstag zur eigentlichen Hilfsoperation starten.

Ein neuer Funkpruch Nobiles

III. Oslo. Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, bricht das Eis im Nordosten Spitzbergens auf. Nobiles letzter Funkpruch erklärt, daß er und seine Begleiter fürchten müßten, durch das Aufbrechen des Eises vollkommen vom Lande abgeschnitten zu werden. Seine Gruppe werde durch den Sturm immer weiter nach Osten getrieben. Ein hunderteiliges Hilfsflugzeug ist Freitagabend aus Helsingfors nach Spitzbergen abgegangen. Major Maddalena hat Radio erreicht und ist am Freitag nacht Witternachts wieder in Richtung auf Spitzbergen gestartet. Er hat mit ungünstiger Witterung zu kämpfen.

Vom Tage

Die Stadt Mexiko vom Erdbeben heimgesucht

II. London, 17. Juni. Die Stadt Mexiko wurde am Sonnabendabend von einem schweren Erdbeben heimgesucht, das um 12.22 Uhr begann und etwa 7 Minuten andauerte. Die Stadt war längere Zeit ohne Licht. Der Materialschaden scheint beträchtlich zu sein. Ob Menschen zu Schaden gekommen sind, steht im Augenblick noch nicht fest.

Zwei amerikanische Städte vom Tornado fast vollständig zerstört

II. London, 17. Juni. Der südliche Teil der Provinz Oklahoma wurde am Sonnabend von einem schweren Tornado heimgesucht. Besonders in Mittenbush gefangen wurden die beiden Städte Blair Mountain Park und Snyder. Die Bewohner von Blair konnten noch vor der später eintretenden Ueberdeckung aller Verbindungen Hilferufe aussenden. Danach scheint es, daß die Stadt so gut wie ganz zerstört ist und die Vermutungen ungeheuer sind. 200 freiwillige Helfer sind jetzt zur ersten Hilfeleistung entsandt worden. Die Angaben über die Zahl der Toten schwanken. Fest steht einstweilen nur, daß drei Personen getötet und 15 verletzt wurden. In Snyder wurden 50 Häuser zerstört. Von dem Tornado wurde ein sechs Meilen breites Gebiet im südwestlichen Oklahoma betroffen.

Eine Windhoje vernichtet drei galizische Dörfer

Drei Tote und zehn Schwerverletzte

III. Lemberg. Das Gebiet von Rzeszow wurde am Freitag von einem furchtbaren Unwetter heimgesucht, das ungeheuren Schaden anrichtete. Eine 14 Kilometer breite Windhoje, die große Mengen Sand mit sich führte, vernichtete drei Dörfer vollständig. Elf Bauerngehöfte mit lebendem und totem Inventar wurden zerstört, wobei drei Personen ums Leben kamen und zehn schwer verletzt wurden. Das Schulhaus mit der gesamten Einrichtung ist vollständig verchwunden. Die Gassen sind kilometerweit niedergewalzt und verchwunden. Auch viele Straßen Wälder wurden vernichtet.

Explosionsunglück auf einem Kanonenboot

III. Berlin. Berliner Blätter melden aus Bogota (Kolumbien), daß bei einer Reifexplosion auf dem kolumbianischen Kanonenboot „Hercules“ 10 Mann getötet und viele andere verletzt wurden.

Parteiarbeiter-Konferenz des UB Dresden

Forderungen der kommunistischen Reichstagsfraktion

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat in folgenden Anträgen die wichtigsten Forderungen der Arbeiterklasse im Reichstag erhoben:

Her mit dem Achtstundentag!

Antrag Stöcker, Hädel, Berg und Genossen.

Entwurf eines Gesetzes

über die Arbeitszeit für alle Lohn- und Gehaltsempfänger.

§ 1.

Der Maximalarbeitszeit für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten darf täglich acht Stunden, und die wöchentliche Gesamtarbeitszeit 48 Stunden nicht überschreiten.

Ueberschreitungen der 48stündigen Wochenarbeitszeit sind nur in besonderen Notfällen zulässig und bedürfen der Zustimmung des Betriebsrates und der zuständigen Gewerkschaft. Die Ueberschreitungen müssen auf die Arbeitszeit des folgenden Tages oder der folgenden Wochen angerechnet werden.

Am Tage vor Sonn- und Feiertagen, mit Ausnahme der Wochenfeiertage, darf die Arbeitszeit fünf Stunden nicht übersteigen.

Die Leistung einer freiwilligen längeren Arbeitszeit ist verboten.

Ausgenommen von dieser Regelung der Arbeitszeit sind die unter §§ 2, 3, 4 und 5 angeführten Personengruppen.

§ 2.

1. Für erwachsene weibliche Arbeitskräfte,
2. für Arbeiter, die unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit arbeiten, die in außerordentlichem Maße der Einwirkung von Hitze, giftigen Stoffen, Staub oder Sprengstoffgefahren ausgesetzt sind, wie die Bergarbeiter unter Tag, Arbeiter in der chemischen Industrie, Ofenleute, Glasbläser usw.,
3. für die Arbeiter am Fließband,
4. für Arbeiter, die unter dauerndem künstlichen Licht ausgeführt werden müssen,

darf die Arbeitszeit sieben Stunden täglich und 38 Stunden wöchentlich nicht überschreiten.

Wieweit die Bestimmungen des § 2 in der Festlegung der Arbeitszeit Anwendung finden, entscheidet der Betriebsrat und die zuständige Gewerkschaft.

§ 3.

Für Lehrlinge, Lehrlinginnen, Jugendliche und Arbeiterinnen, sowie Angestellte unter 18 Jahren beträgt die Arbeitszeit unter Einrechnung der Pflichtschulzeit täglich sechs Stunden und wöchentlich 34 Stunden.

§ 4.

Die tägliche Arbeitszeit für alle in landwirtschaftlichen Großbetrieben und Großbauernwirtschaften beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger beträgt acht Stunden, und die Gesamtarbeitszeit darf im Jahre 2400 Stunden nicht überschreiten. Ueberschreitungen sind nur in den Saat- und Erntemonaten zulässig. Sie bedürfen der Zustimmung des Gutsrates bzw. Obmannes und der zuständigen Gewerkschaft. Wo kein Gutsrat oder Obmann besteht, dürfen keine Ueberschreitungen geleistet werden. Ueberschreitungen sind auf die Wintermonate anzurechnen. Die notwendige Sonntagsarbeitszeit zur Viehfütterung wird nicht als Ueberschreitungsarbeitszeit berechnet, jedoch darf die reguläre Gesamtarbeitszeit einschließlich der Sonntagsarbeit pro Woche 48 Stunden nicht übersteigen.

§ 5.

Die Regelung der Arbeitszeit der Hausangestellten und der in der Fischerei, in mittelbäuerlichen und Kleinbäuerlichen Betrieben gegen Lohn Beschäftigten erfolgt durch besonderes Gesetz.

Besondere Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen und Jugendliche.

§ 6.

Nachtarbeit und Ueberschreitungen für Arbeiterinnen und Jugendliche sind verboten. Ihre Arbeitszeit muß in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends liegen. Die Arbeitszeit wird bei den Jugendlichen durch eine Gesamtpause von 1 1/2 Stunden unterbrochen.

Arbeiterinnen und Jugendliche dürfen nicht in gesundheits-schädlichen Betrieben beschäftigt werden.

§ 7.

Weibliche Arbeiter, Angestellte und Beamte müssen drei Monate vor und zwei Monate nach der Niederkunft von der Arbeit befreit sein. Schwangere Frauen dürfen im 5. und 6. Monat der Schwangerschaft nicht länger als vier Stunden täglich beschäftigt werden. Für Mütter beträgt die Arbeitszeit bis zu einem Jahre nach der Niederkunft täglich sechs Stunden. Stillenden Müttern ist während der Arbeitszeit zweimal je eine halbstündige Stillpause zu gewähren.

Die Unternehmer sind verpflichtet, für die durch die Niederkunft und die Stillzeit bedingte Arbeitsaushebung den vollen Arbeitsverdienst zu zahlen. Entlassung von Arbeiterinnen darf während der Schwangerschaft und bis zum Ablauf des 12. Monats (Stillzeit) nicht erfolgen.

§ 8.

Jede Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren zu Erwerbszwecken außerhalb des eigenen Haushalts ist verboten.

Urlaub.

§ 9.

Allen Arbeitern, Angestellten und Beamten ist ein mindestens dreiwöchiger Urlaub im Jahre unter Fortzahlung des vollen Arbeitsverdienstes zu gewähren. Für Jugendliche beträgt der Urlaub vier Wochen.

Aufsicht.

§ 10.

Die Betriebsräte haben innerhalb des Betriebes für die strikte Durchführung der Bestimmungen dieses Gesetzes Sorge zu tragen.

Für die Wahrnehmung des Jugend- und Arbeiterinnen-schutzes ist der Betriebsratsvorsitzende der Arbeiterinnen und Jugendlichen heranzuziehen.

§ 11.

Innerhalb von zwei Jahren ist die Arbeitszeit der im § 2 und § 4 angeführten Arbeiterkategorien auf sieben Stunden täglich und 42 Stunden wöchentlich zu verkürzen. Für die im § 2 angeführten Arbeiterkategorien beträgt die Maximalarbeitszeit sechs Stunden täglich und 36 Stunden wöchentlich.

Strafbestimmungen.

§ 12.

Jeder Vorstoß gegen vorstehende Bestimmungen von Seiten der Unternehmer wird mit Gefängnis, im Wiederholungsfall nicht unter drei Monaten bestraft.

Schlussbestimmungen.

§ 13.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Alle Bestimmungen der Tarifverträge, die dem Gesetz entgegenstehen treten sofort außer Kraft. Des weiteren treten außer Kraft die Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 124), die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Arbeitszeit vom 17. April 1924 (Reichsgesetzbl. I S. 416), die Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten vom 13. Februar 1924 (Reichsgesetzbl. I S. 86), sowie die Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. 11. 1919 (17. 12. 1918) und die Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 18. März 1919, ferner die Dienstbauervorschriften für Eisenbahner vom 5. August 1922 und 20. Dezember 1923 (über die Regelung der Dienstdauer der Beamten) 14. Januar 1924, sowie Gesetz zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927 (Reichsgesetzbl. I S. 109).

Fort mit der Schlichtungsordnung!

Antrag Stöcker, Hädel, Berg und Genossen.

Entwurf eines Gesetzes

über die Aufhebung des gesetzlichen Schlichtungswesens.

§ 1.

Die Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 wird aufgehoben.

Die vor dem Inkrafttreten der Verordnung vom 30. Oktober 1923 bestehenden Schlichtungsausschüsse Einigungsämter von Innungen usw. (§ 3 des Art. 3 der Verordnung vom 30. Okt. 1923) bleiben aufgehoben.

Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung!

Antrag Stöcker, Hädel, Krennlee, Berg und Genossen.

Entwurf eines Gesetzes

zur Abänderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Artikel I.

§ 87 erhält folgende Fassung:

„Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat jeder Versicherte im Falle der Arbeitslosigkeit.“

§ 95 erhält folgende Fassung:

„Die Anwartschaft auf Unterstützung beginnt mit dem Tage der Anmeldung zur Arbeitslosenversicherung.“

Die Technische Hochschule Dresden, der Hort der Reaktion

Anlässlich der Beratung des Kapitels 66 „Technische Hochschule“ des sächsischen Haushaltsplanes im Haushaltsausschuss A des Landtages stellte der Berichterstatter Herr Abg. Dr. Blüher in den Vordergrund seiner Betrachtung, daß die Vorwürfe in der Linkspresse, daß die Technische Hochschule Dresden ein Hort der Reaktion sei, jeder Begründung entbehren. Herrn Blüher und allen anderen Reaktionsären wurde an Hand genäuerter Unterlagen durch den Vertreter der KPD, Genossen Siegel, nachgewiesen, wie es auf allen Gebieten, sei es in der Lehrmethode der Professoren gegen den Sozialismus, oder in anderen Fragen zum Ausdruck kommt. Insbesondere geißelte aber Gen. Siegel die Verwendung der Studenten für die Technische Reichshilfe. Beim Eisenbahnstreik im Herbst des vorigen Jahres wurden durch ein großes Vandalentum, welches in den Räumen der Technischen Hochschule ausgebrochen wurde, die Studenten zum Streikbruch aufgefordert. Dieser Vorgang ist bezeichnend für die reaktionären Methoden, die dort eine gute Pflegeplätze haben. Alles Dementieren des Studentischen Arbeitsamtes, daß man bei Anforderung von Arbeitskräften durch die Reichsbahn nicht gewagt habe, daß sich die Eisenbahner in einem Streik befänden, glaubt kein Arbeiter. Was bei dem Eisenbahnstreik in Erscheinung trat, konnte auch anlässlich des Braunkohlenarbeiterstreiks - besonders in Hirschfelde - festgestellt werden.

Das Ministerium mußte in der Frage der Teno zugeben, daß das vom Rektor der KPD Vorgetragene den Tatsachen entspricht. Es sei jedoch vom Studentischen Arbeitsamt eine Verhinderung derartiger Fälle zugelassen worden. Die Erfahrungen lehren, daß dieses nur eine fromme Geste ist. Die Arbeiter werden ein wachsameres Auge haben.

Die Forderungen der KPD kommen durch nachfolgenden Antrag zum Kap. 66 des Haushaltsplanes zum Ausdruck.

Wir geben uns nicht der Hoffnung hin, daß von diesem reaktionären Landtag eine Aenderung der gefährlichen Methoden herbeigeführt wird. Bruchstätten der Reaktion können nur gestürzt werden durch den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse. Der Herr Minister für Volksbildung glaube eine besondere Note gegen den Punkt 4 unseres Antrages reiten zu müssen. Streichung der Professur für Theologie. Die Begründung gegen diesen Antrag war eine sehr lehrreiche. Der Herr Minister sprach von den ungeheuren Problemen der hochentwickelten Technik in Verbindung mit „unlerner Weltanschauung“. Wir wollen hier keine philosophischen Betrachtungen anstellen, stellen aber eins fest, daß gerade die ungeheure Entwicklung die Richtigkeit der materialistischen Geschichtsauffassung vollumfänglich bestätigt. Unsere Weltanschauung ist nicht die Weltanschauung des Bürgertums.

Erwerbslose, deren Anmeldung zur Versicherung ohne ihr Verschulden unterblieb, erhalten Unterstützung von dem Tage an, an dem der Antrag gestellt wurde.“

§ 90 erhält folgende Fassung:

„Der Anspruch auf Unterstützung endet mit dem dem Eintritt in ein Arbeits- oder Angestelltenverhältnis vorhergehenden Tage.“

§ 105 erhält folgende Fassung:

„Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung ist nach zwei Wirtschaftsjahren gegliedert und innerhalb dieser einheitlich, sie beträgt:

a) in Städten mit 10 000 Einwohnern und darüber sowie Industriegebieten mit städtischen Lebensverhältnissen für den Hauptunterstützungsempfänger 22.— M. p. W. für jed. unterhaltsberechtig. Angehörigen 4.— M. p. W. Als Höchsttag 42.— M. p. W.

b) in ländlichen Gebieten und in diesen Gebieten liegenden Städten unter 10 000 Einwohnern für den Hauptunterstützungsempfänger 20.— M. p. W. für jed. unterhaltsberechtig. Angehörigen 3,50 M. p. W. Als Höchsttag 37,50 M. p. W.

Jugendliche unter 17 Jahren erhalten 60 Prozent der Hauptunterstützung; falls sie für den Unterhalt Angehöriger ganz oder teilweise beitragen, werden ihnen die entsprechenden Familienzuschläge gezahlt.

Steigen die Kosten der Lebenshaltung, so sind die Unterstützungssätze um den Hundertsatz zu erhöhen, um den sich der Lebenshaltungsindex erhöht hat.“

§ 110: „Die Unterstützung wird vom Tage der Arbeitslosenmeldung an gewährt.“

Solle Unterstützung für die Dauer der Arbeitslosigkeit.

Antrag Stöcker, Hädel, Krennlee, Berg und Genossen.

Der Reichsarbeitsminister wird beauftragt, an Stelle der am 30. Juni 1928 ablaufenden Verordnung über Krisenfürsorge eine ab 1. Juli 1928 geltende Verordnung über Krisenfürsorge nach folgenden Gesichtspunkten zu erlassen:

1. Arbeitslose, die die Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung nicht erfüllt haben oder deren Anspruch auf Unterstützung erschöpft ist, erhalten ohne Prüfung der Bedürftigkeit Krisenunterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit.
2. Alle Arbeitslosen, die infolge der gegenwärtigen Bestimmungen keine Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung erhalten, werden in die Krisenfürsorge aufgenommen.
3. Die Unterstützungssätze der Krisenunterstützung sind dieselben wie die der Arbeitslosenunterstützung.

Die Beratungen zu diesem Kapitel „Technische Hochschule“ wurden abgebrochen, da den Fraktionen die Gelegenheit gegeben werden soll, die Anträge der demokratischen Fraktion, betreffend Erweiterungsbau des Pädagogischen Instituts, zu prüfen.

Wir werden bei gegebener Gelegenheit nochmals auf diese Angelegenheit zurückkommen. Besonders belustigend wirkten die Ausführungen des Herrn Abg. Claus von der Demokratischen Partei, die er glaubte in berechtigter Entrüstung machen zu müssen und zwar die unterschiedliche Behandlung der Geladenen und Gäste bei der Hundertsjahrfeier der Hochschule. Den Landtag habe man vollständig ignoriert. Gerade der Landtag müsse die Stelle sein, die vor allem anderen den Vorschlag haben müße, repräsentativ zu erscheinen. Seine Ausführungen über die Gruppierung nach Rang und Würden bei der Festveranstaltung, wie Trinkgelage mögen berichtigt nach seiner Auffassung sein. Für uns, die wir das Kind beim Namen nennen: „Hort der Reaktion“, ist es nicht verwunderlich, Wilhelmimäher und augustiniischer Aufzug, Klemperlaben usw. gehören zum eierernen Bestand einer untergehenden Gesellschaftsklasse.

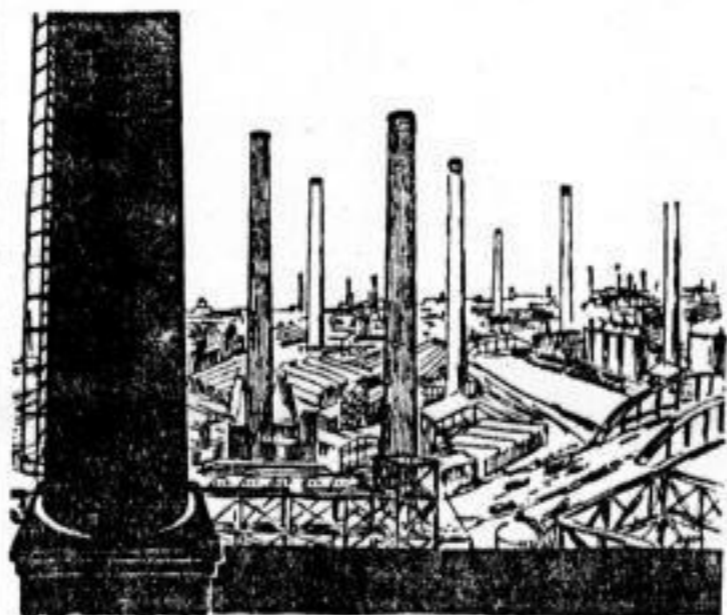
Antrag (Kap. 66)

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Studentenverfassung der Technischen Hochschule dahin abzuändern, daß die Ausländer in ihren studentischen Rechten den deutschen Studenten gleichgestellt werden; Hospitanten und Zuhörer ist das Wahlrecht zur allgemeinen Studentenernennung zu gewähren.
 2. Die Verwendung der Studierenden der Technischen Hochschule zu Zwecken der Technischen Reichshilfe wird untersagt.
 3. Aufhebung des Amtes eines Studenten-Verwalters.
 4. Streichung der Professur für Theologie
- Dresden, am 18. Juni 1928.
Böttcher, Köhler, Siegel.

Die Angst vor der eigenen Courage

Die Kommunisten hatten bekanntlich im sächsischen Landtage beantragt, daß alle schwarzgelben Straßen auf den Staat sofort zu übernehmen sind, für die Erneuerung der kommunalen Durchgangsstrecken ein fünfjähriges Bauprogramm und als erste Rate dafür 30 Millionen RM in den Etat eingestellt werden sollen, und daß die Mittel nach § 146 der GO für den Wegbau zur Hälfte auf den Staat übernommen werden sollen. Als die Kommunisten im Haushaltsausschuss A diesen Antrag einbrachten, kamen die Herren von der SPD bis zu den Deutschen Nationalen in nicht geringe Verlegenheit. Es wurden zwar große Reden über die Notwendigkeit, den Gemeinden zu helfen, gehalten; aber positive Anträge wurden nicht gestellt. Nur die SPD verlangte, daß die vom Verband der Bezirksverbände geforderte Erhöhung von 1,8 Millionen RM auf 2,5 Millionen RM in den Etat eingestellt werden sollen. Die Abstimmung wurde vertagt. Herr Abg. Dr. Blüher behielt sich weitere Anträge vor. Diese Anträge sind nun eingegangen und die Abstimmung darüber wurde in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses A vorgenommen. Herr Blüher, der erst mit starken Worten der Regierung passive Resistenz vortrat, ist recht zahm geworden. Für ihn sind noch die Forderungen des Verbandes der Bezirksverbände zu hoch und er verlangt nur 700 000 RM mehr. Die Sozialdemokraten, die in ihrer Presse über die Agitationsanträge der Kommunisten ein großes Geschrei anstimmten, stimmten für ein 50jähriges Bauprogramm, lehnten aber die Mittel hierfür ab. Das ist echt sozialdemokratisch, und noch mehr als ein Agitationsantrag. Im Zusammenhang mit den Veränderungen innerhalb der KPD, die sich zur SPD zurückentwickelt, ist die Stellung der SPD in der Frage des Straßenbaues die Vorbereitung für die Große Koalition. Die SPD muß den Gemeinden gegenüber so tun, als ob sie den Gemeinden helfen will; auf der anderen Seite aber zugleich die Hand freibehalten, um die Fortsetzung der Bürgerblockpolitik unter dem Mantel der Koalition vornehmen zu können. Der Antrag der kommunistischen Fraktion wird von den Gemeinden aufs lebhafteste unterstützt und die Notwendigkeit desselben anerkannt. Unsere Genossen müssen in den Gemeinden den Kampf um die Wegebaulasten weiterführen, um damit der Bevölkerung zu zeigen, daß nur die kommunistische Partei für die notwendige Bevölkerung in den Gemeinden eintritt. Das letzte Wort über diese Frage ist noch nicht gesprochen.



Ein Betrieb nach dem andern. muss von uns erobert werden. Wir Parteimitglieder u. Abonnenten!

Dresden die Stadt der „Hygiene“ . . .

Wie der reaktionäre Rat um die Dresdner Einwohner „bejorgt“ ist

Ein Kind unter die Dampfwalze geraten

Folgender geradezu haarsträubende Fall, der uns gemeldet wird, zeigt mit aller Deutlichkeit, wie wenig der reaktionäre Rat um das Wohl der Dresdner Einwohner bejorgt ist, wenn es sich um die werktätigen Schichten Dresdens handelt. Kürzlich wurde an den Dresdner Häusern ein Kind, das auf dem Straßentrottoir ausglitt, von dem Aufsteiger einer Dampfwalze ergriffen und ihm der Fuß verstümmelt. Das Kind mußte ins Krankenhaus übergeführt werden, wo ihm das Bein amputiert wurde. Der Führer der Walze soll angeblich, ohne sich weiter um das Kind (das mehrere Meter weit geschleift wurde) zu kümmern, weitergefahren sein. Dieses bedauerliche Vorkommnis hat unter den Einwohnern der Dresdner Häuser eine begriffliche und berechtigte Empörung ausgelöst. Schon vor längerer Zeit haben die dortigen Einwohner in einer Eingabe an den Rat verlangt, daß der Verkehr für Autos und größere Fahrzeuge an den Dresdner Häusern gesperrt werde. Der Verkehr hat gerade in den letzten Monaten einen solch großen Umfang angenommen, daß er selbst für Erwachsene mit Lebensgefahr verbunden, da nicht einmal ein Fußsteig vorhanden ist. Obwohl dies den verantwortlichen Instanzen der Stadt bekannt ist, haben sie bisher nichts unternommen, die Gefahrenquelle zu beseitigen oder zu verringern. Ja, wenn es sich nur um eine Straße in einem der Bourgeoisviertel gehandelt hätte, dann wäre wahrscheinlich längst Abhilfe geschaffen worden. Die dortigen Einwohner fordern mit Recht, daß der Verkehr gesperrt wird, der ohne besondere Schwierigkeiten über die Gröbelstraße geleitet werden kann. Weiter verlangen sie, daß für die weit über 100 in den Baracken wohnenden Kinder Spielplätze geschaffen werden. Wenn der Rat nicht will, daß weitere Unglücke geschehen, die auf sein Konto kommen, wird er baldigt für Abhilfe sorgen müssen. Im übrigen werden die kommunistischen Stadtverordneten noch ein Wort über diesen Fall zu sprechen haben.

„Hygiene“

Von jeher gilt Dresden als Mutter der Keimlichkeit und Sauberkeit, befindet sich doch auch ein Hygienemuseum dafelbst.

Die weißen Stadtwäiter sorgen in bewundernswürdiger Art für die Innehaltung der Vorschriften in bezug auf Straßenreinigung. Da werden des Morgens im Januar der Stadt die Straßen gefegt und gewaschen, damit je kein Strauß, Papierrelle oder sonstwelcher Abfall von den jetzt so wenig noch vorhandenen Exemplaren der Klasse vom Rat auf den Straßen zu bemerken ist.

Ganz anders aber verhält es sich, wenn man in die Vorstädte kommt. In der Zeit vor dem Kriege waren in den Vorstädten, je nach Bedarf, soziale Räumlichkeiten zum Straßenreinigungssamt beschaffen, als zu einer gründlichen Straßenreinigung erforderlich waren.

Jetzt man beispielsweise die Vorstadt Tolletweg in Betracht, so waren vor dem Kriege ständig 4-5 Mann beschäftigt, die auch genügend zu tun hatten, um die Straßen in einem sauberen Zustand zu erhalten, so wie man es von der Hygienestadt Dresden gewohnt ist. Jetzt, 14 Jahre nach dem Kriege, ist man doch der Meinung, daß in dieser Hinsicht sich vieles zum Besseren entwickelt haben könnte, namentlich, da sich die Bevölkerungszahl von Tolletweg sehr stark vergrößert hat infolge der vielen Neubauten, in denen auch eine große Anzahl Sipomannschaften eine Wohnstätte gefunden, aber auch Beamte der Volkspolizei in größerer Anzahl ihre Wohnung haben. Doch das ist durchaus nicht der Fall, immer rückwärts, Don Rodrigo, höchstens alle 14 Tage bemerkt man, wenn man Glück hat, zwei Leute von der Straßenreinigung, die mit Mühe und Not an einem Tage das hauptsächlichste von den Straßen wegnehmen, und so nur eine oberflächliche Reinigung stattfindet.

Es wäre sehr an der Zeit, wenn sich der Dezernent der Straßenreinigung, Herr Stadtrat u. Stadtbaurat Veste, darum bemühen würde, daß endlich wieder menschenwürdige Zustände Platz greifen und für genügend Personal auch für Sauberhaltung der Vorstädte gesorgt würde. Der Abbau bei dem Personal der Straßenreinigung macht sich sehr zum Schaden der Einwohner bemerkbar und es wird höchste Zeit, diesen Mängeln ein Ende zu machen.

Wohlzutun und mitzuteilen vergesse nicht!

Die soziale Not nistet in der Stadt der Hygiene mit besonderer Hartnäckigkeit. In den Dresdner Häusern zumal ist sie häßlicher, unwillkommener Gast. Der Fürsorge eröffnet sich dort ein weites Feld. Wie sie dieses Feld bearbeitet, beweist ein kleines Erlebnis, das ein Arbeiter vor kurzem mit einer „Fürsorgedame“ hatte. Dieser Arbeiter hatte schon viel von dieser Fürsorge gehört und geglaubt, diese Behörde sei fürsorglich gegenüber denen, die ihrer bedürften. Und so hat der Arbeiter, der drei kleinere Kinder hat, um ein Kinderbett, ein Paar Schuhe und einen Anzug. Ihm wurde eine Fürsorgedame ins Haus geschickt. Es sei bei dieser Gelegenheit einmal festgestellt, daß das System der Ausschreibung ein durchaus überflüssiges und unangebrachtes ist. Selten haben diese „Damen“ aus „besseren“ Ständen das notwendige Feingefühl, den notwendigen Takt, ja sogar den mindesten Anstand und die rechte Art mit den Arbeitern zu reden. Wie sollten sie auch, die aus warmen, weichen Kestern kommen und auf ihre Weise in Wohlthatigkeit machen. Aber ganz besonders auffällig benahm sich doch die Fürsorgedame Pehold. Sie beschäftigte also die „Räume“, in denen der Arbeiter mit seiner Frau und seinen drei Kindern zu hausen gezwungen ist. Wie diese Räume aussehen, kann sich jeder leicht ausmalen, der eine Ahnung von sozialer Not hat. Aber die Fürsorgedame fand weiter nichts zu bemängeln, als die fehlende Sauberkeit (!) und setzte ihr Schnüffelwerk fort. Denn wie heißt es doch: „Wohlzutun und mitzuteilen vergesse nicht“. Vor allen Dingen natürlich nicht vergessen, mitzuteilen! Und so wird das Privatleben der Hilfsbedürftigen durchstöbert, daß es nur so eine Art hat. In den Räumen stehen für 5 Personen zwei Betten. Das schien der Fürsorgedame Pehold minder wichtig, als der Staub, auf den ihre christlich-geheiligteten Füße zu treten geruhten. Und dann „entdeckte“ die edle „Menschenfreundin“ eine Büchse Konserven „Junges Gemüse“. Man sollte meinen, sie hätte nun bemerkt: „Das ist recht, daß sie auf die Gesundheit ihrer Familie bedacht sind, und ihr in der Zeit, in der es keine frischen Gemüse gibt, mit Konserven aufzuwarten“. Mit nichts, die hochberühmte Wohlthatigkeitsmittlerin war aufgebracht, bezeichnete den Kauf dieser Konserven als überflüssigen Luxus und sagte: „Gegen Sie 50 Pf., da haben Sie ein paar Schuhe“. So hat die Fürsorgedame im letzten Augenblick aus. Wie uns mit-

geteilt wird, steht die Fürsorgedame in enger Beziehung (so viel wir hören, sogar verwandtschaftlicher) zu Peholden. In diesem Fall brauchen wir freilich den Akt christlicher Nächstenliebe nicht mit Verwunderung zu blicken. Er reicht sich „würdig“ vielen vorausgehenden an. Viele weitere werden folgen, solange das Proletariat nicht Schutz macht mit dieser Sorte von „Wohlthatern“.

Vorschläge auf Zulagen zur Beschaffung von Heizstoffen u. Kartoffeln können an Kriegserfürsorge des Rates zu Dresden Zulagen erhalten, in Höhe eines Monatsbetrages der Zulagen gewährt werden, sofern die Antragsteller glaubhaft machen, daß sie den Vorstoß zum angegebenen Zwecke verwenden werden. Der Vorstoß wird in Höhe von je einem halben Monatsbetrage Mitte Juli und Mitte Oktober 1928 durch das Ortsamt für Kriegserfürsorge gestellt und mit je einem Drittel des Gesamtzuschusses von der auf die Monate Januar, Februar und März 1929 zu zahlenden Zulagen geleistet werden. Derzeit ist von denjenigen Zulagenempfangern, die Vorschläge zur Beschaffung von Heizstoffen und Kartoffeln vermittelt haben wollen, ein schriftlicher Antrag etwa wie folgt zu stellen: „Ich beantrage einen Vorstoß auf meine Zulagen zur Beschaffung von Heizstoffen und Kartoffeln und trete in Höhe des erhaltenen Zuschusses meine Zulagen bzw. Rente ab. Vor- und Familienname (bei Witwen auch Geburtsname), Straße und Hausnummer.“ Der Antrag ist an das Ortsamt, Theaterstraße 11/13, 2. Stock, zu richten oder in einer der städtischen Wohlfahrtsstellen abzugeben, und zwar umgehend und spätestens bis zum 2. Juli 1928. Nach diesem Zeitpunkte eingehende Anträge können, da ihre Bearbeitung infolge der Zulagenabgabe bis Mitte Juli 1928 nicht mehr möglich ist, nicht mehr berücksichtigt werden. Für die getroffene Regelung kommen nur diejenigen Zulagenempfangern in Frage, die in Dresden wohnen. Auf Kriegserfürsorge erhaltene Zulagen, findet die getroffene Maßnahme keine Anwendung.

Die Geliebte des Gouverneurs, ein Film der Nationalfilm-AG, läuft im UT. In diesem Film geht es um Hofskandal, politische Intrigen, personelle Kabbalen, Palastrevolutionen und dergleichen in einem Land Utopia. Unendliche Handlung soll über Gedankenarmut hinwegtäuschen, Realisierungen inhaltliche Dürftigkeit verleiern. Elemente politischer Geschehnisse dieses Jahrhunderts sind zu einer Filmattraktion zusammengemengt, die zwar bis zuletzt in einer gewissen Spannung hält, aber nur letzten aber bloße Theatererei hinauskommt. Was es schließlich, geschieht es durch Fritz Kortner, der wie ein Sanktobog durch die Szenen flauert. Deutlich erkennbar sind häufiger bezugsfähige Momente aus den Großmächtenstuhlen Wilhelms. Sie geben bis zur Väterlichkeit Magda a. S. macht die Kammerfrau, die von diesem Hofen aus — über das Paradies (komische Laufbahn!) — legitime Gattin des Gouverneurs (er und sein) Leben selbstmörderisch endet, als der Fürst-Gouverneur durch eine Offiziersrevolte zur Abdankung

setzungen werden soll. Freuhsche Waffentrate, ferliche Kapten, russische Kolarden, österreichische Tshale; ungarische Nationaltrachten flirren über die Leinwand. Utopia, das ist der Titel. Mit demselben Aufwand wie „Eplone“, vermag das „dukt ebensowenig wie jense, Neuhschides zu gestalten. Wührensmer ist hingegen eine zum Teil ausgezeichnete photographische Wirkung, für die Carl Halle in a n n v r r m o r t l i c h z e i c h n e t. Der Regisseur Feher hat einige gute Einstellungen gestellt, und einigen vorzeiglichen Maslen (so: 24. der Witte, Weibsch, Marik, — ein Chinese im Krads) Gelegenheiten gegeben, in den Vordergrund zu treten. Hauße im Filmman „Geliebte“. Man macht reichlich davon Gebrauch.

Die MS-Filmspiele bringen nach einer Reihe von Vorfilmen einen amerikanischen Kriminalroman in 6 Akten, „Die Straße des Grauens“. In diesem Film wird das Gewerbe „künstlicher Krämpel“ zum Mittelpunkt der üblichen Verbrechen gemacht und propalitalistisch-tendenziös dargestellt. Unter diesen Umständen ist es zu begrüßen, daß im Film das Kollium vom Anfang dieses Jahrhunderts gewählt und die Photographie vorfindlich ist.

Ein Dieb, der auf Friedhöfen kocht. Seit einigen Wochen treibt ein der Kriminalpolizei bekannter junger Mann auf hiesigen Friedhöfen sein Unwesen. Er beobachtet, hinter Grabsteinen versteckt, Frauen bei der Grabpflege und kocht im günstigen Augenblick deren Handtäschchen. Es handelt sich um einen 27 Jahre alten, schwer kranken Mann von mittlerer Statur mit blondem Haar, der diese Diebstähle auch eingestanden hat.

Diebstahl eines Anemometers. Aus einer Halle des Messinggeländes an der Lennestraße wurde in der Zeit vom 8. bis 13. Juni ein Anemometer aus vernickeltem Messing entwendet. Das Instrument dient zum Messen von Windstärken in Ventilatorleitungen, und zwar auf einem Maße angebracht. Vor Ankauf wird gewarnt.

Wem gehören die Geldbüchsen und die Wertmarken? Im Besitze einer kürzlich wegen Diebstahls von der Kriminalpolizei festgenommenen Person wurden zwei gestohlene Geldbüchsen vorgefunden, die wie folgt beschrieben werden: Eine Geldbüchse aus schwarzem Kunstleder mit 6 Fächern, an den linken Ecken befinden sich in gelber Schrift die Zahlen 1, 2, 5, 10 und 20, 50 und 100, als Verstoß auf Druckknopf; eine Geldbüchse aus schwarzem Kunstleder, innen hellbraun mit 4 Fächern. Außerdem hatte die betreffende Person noch eine Wertmarke über 3 RM von der Firma Friedmann u. Kay im Besitze. Die Eigentümer der Sachen werden gebeten, sich werktags von 8 bis 14 Uhr im Zimmer 71a des Polizeipräsidiums zu melden.

Wem gehören die Fohreräder? In Verwahrung des Polizeipräsidiums befinden sich ein Herrenfahrrad Marke „National“ Nr. 14397 und ein Herrentourenrad ohne Marke mit schwarzem Rahmen, aufwärts gebogener Versteigung, schwarzen Felgen, ohne Kotflügel, Glöde und Bremse, Torpedofreilauf, graue Gummibereifung. Die Räder wurden am 4. Juni um 17. Uhr in den Grundstücken Ammonstraße 53 und Bäuerergasse 9 aufgefunden. Die Eigentümer können sich werktags von 8 bis 14 Uhr im Zimmer 71a melden.

Kopfloze Arbeiter

Di. Wohl in keiner Halle der Jahreschau Deutscher Arbeit manifestiert sich der Gedanke und das Leitmotiv dieser Ausstellung für den Proletarier deutlicher als in der Halle der Technischen Hochschule. Dort sind in einer Abteilung kopfloze Arbeiter zu sehen. Zwar sind es nur Puppen. Aber damit also genau das, was so ein „redter“ ehrenfester Unternehmer von seinen Arbeitern erwartet. Die bekannte Kommisparole: „Der Soldat hat nichts zu denken!“, die den wilhelminischen, genau so wie den republikanischen Rekruten entgegengeschminkt wurde und wird, wenn einer etwa zu äußern wagte: „Ich dachte . . .“ sollte auch ins Zivilleben übertragen werden. Die halbe Revolution machte hierdurch nur einen teilweisen Strich und die Nationalversammlung in Weimar fand, daß dieser Strich schon viel zu gründlich war. Deshalb kehrte sie zum mathematischen Ursprung des Strichs, dem Punkt, zurück. Und bei der nachfolgenden Abkillingerei wurde auch noch der Punkt auf ein Wäntchen reduziert, für das man den pathestischen, wissenschaftlich geheimnisvollen Titel erfand: Die Errungenschaften der Revolution. Diese Errungenschaften der Revolution also sind in der Abteilung Arbeitsgestaltung zu sehen. Vor falschen und richtigen Arbeitsplätzen sitzen kopfloze Puppen und demonstrieren durch ihre sach- resp. unsachgemäße Körperhaltung, durch Ordnung resp. Unordnung auf ihren Werkplätzen, wie man die Profite der Unternehmer hebt resp. senkt. Denn das andere, was als schönes Mäntelchen über diese Anweisungen zu rationaler Arbeit gebreitet ist: „Schutz von Leben und Gesundheit“, ist ja nichts anderes als eine schöne aber verlogene Phrase. Das beweist u. a. schlagend der relativ geringe Raum, der dem Gebiet Hygiene in dieser Ausstellung zuteil geworden ist; beweisen die täglichen „unvermeidlichen“ Betriebsunfälle, beweist

die Ausstattung der Prothesen

in demselben Raum. Es soll hier keineswegs das Verdienst all der Erfinder herabgewürdigt werden, die einen Ersatz der menschlichen Hand durch mechanische Ersatzglieder (Prothesen) schufen. Aber es ist bezeichnend für diese Gesellschaft, daß alle diese Prothesen unter dem Hauptgehaltspunkt „auf den Markt“ geworfen wurden: Wie kann man den Krämpel noch ausbeuten?, oder in phrasenlogisches Bürgerdeutsch übertragen: Wie ist der körperlich verminderte Leistungsfähige im Produktionsprozess wiederum der . . . „Allgemeinheit“ (Sies: Unternehmertum) nutzbar zu machen? Es überkommt einem ein Grauen, wenn man die Vollkommenheit der Konstruktoren betrachtet und an der Unvollkommenheit z. B. der Renten für die Kriegsschädigten mißt. Unter dem Begriff Kriegsschädigte brauchen in diesem Zusammenhang nicht allein die Opfer von den Fronten verstanden werden. Auch die in den Betrieben Beschädigten sind Opfer eines Krieges, sind

Opfer des Wirtschaftskrieges,

sind Opfer der Siege, die die Bourgeoisie in täglichen blutigen Schlachten gegen das Proletariat davontreibt. Solange an den „rechten“ Werkplätzen kopfloze Arbeiter sitzen, getreu nach dem Vorbild der Abteilung Arbeitsgestaltung, wird es der Bourgeoisie möglich sein, solche Siege zu „er-

kämpfen“. Deshalb weg mit — kopflozen Arbeitern! Weg mit Puppen der Bourgeoisie! Jeder Klassenbewußte Proletarier braucht seinen Kopf, gerade weil er der Bourgeoisie unerwünscht ist. Er brauche seinen Kopf im täglichen Kampfe gegen diese Bourgeoisie, die in unbewußt jüdischer Weise die Kopflozigkeit der Arbeiterkraft in der Abteilung Arbeitsgestaltung zum Symbol erhebt.

Lußmord an einem 8jährigen Mädchen in den Steinbrüchen bei Rottwerndorf

Der Kriminalpolizei wurde am Sonnabend gemeldet, daß die 8 Jahre alte Schülerin Margarethe Mehnert in Rottwerndorf seit Donnerstagmorgen vermißt wurde. Alle bisherigen Nachforschungen, selbst die mit Spähhund, waren bisher erfolglos gewesen.

Die Mordkommission begab sich auf Grund dieser Meldung sofort mit einer Abteilung nach Rottwerndorf und durchsuchte mit Hilfe der Bevölkerung die Größtecker und Rottwerndorfer Steinbrüche. Gegen 10.20 Uhr wurde die Vermißte in einem Ditch seitlich der sogenannten Altienweges, der zum Steinbruch der Firma Fleck und Jäger führt, gefunden. Nach den Feststellungen des Arztes liegt zweifelsfrei ein Verbrechen vor.

Die von dem Täter vergewaltigt und erdroffelt. Die Mutter des Kindes, die sich am Suchen beteiligt hatte, brach, nachdem das Kind gefunden worden war, ohnmächtig zusammen und mußte weggetragen werden. Von dem Täter fehlt bisher jede Spur.

5 Wohnhäuser in Neusalza-Spremberg niedergebrannt

Zwei Feuerwehrlente verletzt

Am Sonntag entstand um 17.35 Uhr im Ratskeller ein Feuer, das durch den herrschenden Wind schnell auf vier weitere Wohnhäuser übergriff. Da nicht genügend Wasserdruck war, konnten die einheimische und die herbeigekommenen fremden Feuerwehren das Feuer nicht einzufangen, so daß sämtliche Gebäude mit Einwirkung ein Raub der Flammen wurden. Zwei Feuerwehrlente erlitten bei den Vösharbeiten Verletzungen.

Der Rat fabliert die Stadtverordnetenbeihilfe

Ablehnung der Verleihung für das Arbeiterjugendwerk in Hannover

In der letzten Sitzung des Dresdner Stadtverordnetenrates wurde der Rat mit, daß er, eine Verleihung, nach dem angenommenen Antrag des Gen. Schneider, der städtischen Arbeiterjugendwerk stellen, die zum Arbeiterjugendwerk nach Hannover führen wollen, abgelehnt hat. Dieser Beschluß rief lebhafteste Entrüstung bei der kommunistischen Fraktion hervor. Gen. Schneider gebot die arbeitserfindliche Handlungsweise des Rates und wies darauf hin, daß der Rat sicher zugestimmt hätte, wenn es sich um die bürgerlichen Sängervereine in Köln oder Wien gehandelt hätte. Er beantragte — im Gegensatz zu dem Vorhaben des sozialdemokratischen Stadtverordnetennotstehers —, daß das Jugendlager beschließen möge, auf seinem reicher gehaltenen Gelände zu bleiben. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Gen. Schneider gegen die bürgerlichen Parteien, die denen selbstherrlich die Aufwertung und die MSP gebührend mit Mehrheit angenommen.

Die Schureaktion will

den Elternräten auch den letzten Rest von Mitbestimmungsrecht nehmen. Die weltlichen Elternräte verlangen Erweiterung der Rechte der proletarischen Eltern und Erzieher. — Darum wählt am 21. Juni 1928 weltlich!

Vor der Auflösung des Gemeindeverordnetenkollegiums in Struppen

Die Furcht der SPD vor der Abrechnung / Von der Dauerföhung der Gemeindeverordneten am 12. d. M.

Einen sehr lehrreichen Anschauungsunterricht für die Notwendigkeit der sofortigen Auflösung des jetzigen Struppener Gemeindeverordnetenkollegiums gab die letzte Sitzung desselben vom 12. d. M. Sie wurde zu einer Dauerföhung, die nachts 1,30 Uhr abgebrochen werden mußte, ohne daß es möglich gewesen wäre, sämtliche Tagesordnungspunkte zu erledigen. Der unferen Einwohnern schon seit Jahren als sehr nervös bekannte Herr Richter und seine Fraktion demonstrierten bei den entscheidendsten Punkten ihre Arbeiterfeindschaft. Was sie, insbesondere Richter, sich dabei leisteten, stellt alles bisher Dagewesene in den Schatten.

Das von der Kommunistischen Partei eingeleitete Volksbegehren auf Volksentscheid zur Herbeiföhrung der

Auflöfung des Gemeindeverordnetenkollegiums

scheint diese Sozialdemokraten um den letzten Rest ihres Verstandes gebracht zu haben.

Diese Leute, die vorgeben, „Schüler“ der Demokratie zu sein, geraten dann aus dem Häuschen, wenn die Arbeiter von ihren demokratischen Rechten Gebrauch machen.

So enthielten diese Leute wieder einmal ihr wahres Gesicht. Um ihre schlotternde Angst vor der drohenden Auflösung zu verbergen, arbeiteten sie mit den übelsten Verleumdungen, wie sie der Arbeiterklasse nur aus der Praxis des feig entschlafenen Reichsföghenverbandes noch in Erinnerung sind.

In grundsätzlichen Ausführungen nahm die kommunistische Fraktion Gelegenheit, diese jämmerliche Haltung und Politik zu geißeln. Stück für Stück zerplückten unsere Genossen die anti-proletarischen Argumente dieser Ausharbeiter, „Vertreter“, daß die dabei seitens der kommunistischen Fraktion an die SPD ausgeleiteten moralischen Ohrfeigen von dem überwiegenden Teil der Zuhörer als wohlverdient empfunden worden sein dürften, dafür sprechen eine Reihe zustimmender Reuerungen selbst sozialdemokratischer Mitglieder gegenüber unseren Genossen seit dieser Sitzung. Nur weiter so, ihr Herrschaften, und bald wird der letzte wertmäßige Einwohner am Orte die Notwendigkeit des Anschlusses an die kommunistische Partei, der einzigen Sachwalterin der Interessen aller Werktätigen, erkannt haben. Dann aber wird der ach so kleine Diktator Richter von Struppen seine Rolle am Orte ausgepielt haben.

Die Tagesordnung umfaßte neun Punkte. Die Punkte 1 bis drei wurden ohne Debatte angenommen. Zu Punkt 4: Vertrag für die

Kraftwagenlinie Pirna—Ebenheit—Struppen,

wurde einstimmig beschlossen, die Probezeit ablaufen zu lassen, als ein fester Vertrag abgeschlossen wird. Herr Richter glaubte hier etwas Besonderes entdecken zu können. Daß er es dabei nur auf die Kommunisten abgesehen hatte, zeigten seine gemeinen Anwürfe gegen unsere Genossen Berthold. Er sollte angeblich Bier und Zigaretten bei der Probefahrt angenommen haben. Daß er diese Behauptung wider besseres Wissen aufgestellt hatte, zeigten die Ausführungen unseres Genossen Berthold, der grundsätzlich mit ihm abrechnete. Herr Richter glaubte dann noch einen besondern Trumpf auszuspielen zu können, als er die Behauptung aufstellte, daß ein besonderer Beschluß vorliege, nach dem Gelder für die Probefahrt nicht ausgeben werden dürfen. Allgemeine Heiterkeit bemächtigte sich des Kollegiums und der Zuhörer, als der Bürgermeister das betr. Protokoll vorlas und feststellte, daß ein solcher Beschluß darin nicht enthalten und das Protokoll von Richter sogar selbst unterzeichnet sei. Dieser Vorwand zeigt, daß diese Leute hinter dem Strauch, hinter dem sie selbst stecken, andere suchen.

Herr Richter sollte etwas vorsichtiger sein.

Wir erinnern nur an das allgemein schon einmal Ortsgespräch bildende Thema Staatspiel. Oder sollen wir etliche Dinge vom Bezirksauschuß betr. Befichtigungen usw. bringen? Er hätte in seiner Partei wirklich genug zu tun. Dort gab es ja wohl einen los, Polizeipräsidenten seines Namens, der sich von Varnat für kleine Aufmerksamkeit nur ein goldenes Zigarettenetui schenken ließ.

Die SPD als Scharfmacher

Zu Punkt 5, betr. 4. Nachtrag zu den Besoldungsbestimmungen, bringt es die SPD durch Anobloch fertig, den Antrag zu stellen, daß Besoldungsstellen nicht gewährt werden dürfen, was praktisch bedeutet: Verhinderung der Aufstiegsmöglichkeiten für die Beamten, da die damit verbundenen Gehaltssteigerungen in diesem Falle nicht gezahlt werden dürfen. Ein erhöhbarer Beamtenvertreter, dieser Eisenbahnbeamtenrat mit sonderbarer Beamtenvertreter, dieser Eisenbahnbeamtenrat mit seinem fatten Gesicht. Solange die Eisenbahner solche Sorte von Beamtenräten sich gefallen lassen, brauchen sie sich allerdings nicht zu wundern, wenn ihre Rechte immer mehr flöten gehen. Genosse Hering stellte den wahren Grund der in dem Antrag enthaltenen Beamtenfeindschaft fest.

Die SPD übt hier nichts anderes als Kackepolitik, denn sie hat, solange die Beamten ihrer Partei angehört, alles bewilligt.

Nur aus Rache, daß diese jetzt mit ihrer Politik nichts mehr zu tun haben wollen, wendet sie diese Unternehmermanieren an. Herr Richter kann gewiß auch anders. Er, der mit seiner Fraktion den arbeitenden Beamten das Gehalt mißgönnt und ihnen den Aufstieg verwehrt, bewilligte im Bezirksrat dem deutschnationalen Amtshauptmann von Thümmel zu seinem an und für sich schon jährlich 11.000 RM betragenden Grundgehalt anstandslos eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 5120 RM im Jahre extra. Das nennt diese Gesellschaft Politik im Interesse der arbeitenden Schichten.

Bei Punkt 6: Neubesehung der Bürgermeisterstelle, beantragt die SPD, die eingehenden Gesuche sind an den stellvertretenden Bürgermeister Richter zu senden. Als der Bürgermeister unter Berufung auf die Gemeindeordnung eine Ablehnung darüber ablehnte, geriet Richter außer sich. Mit der Erklärung, daß die SPD kein Vertrauen zum Bürgermeister habe, verjagte er die allzu durchsichtigen Gründe dieses Antrages zu verschleiern.

In der Polemik übertrifft er an Schäßigkeit alles bisher Dagewesene, indem er dem Bürgermeister aus seiner Kriegsoberbedingung und der Tatsache, daß dieser dafür Rente erhält, einen Vorwurf macht. (!) So sieht die Partei aus, die angeblich die Versorgung der Kriegsober im Programm stehen hat.

Wie tief diese Helden heute gelunken sind, zeigt aber die Tatsache, daß derselbe Richter früher radikaler USF-Mann, dem Bürgermeister, den er vor Jahren wegen seiner oppositionellen Haltung zu Aufsichtsbehörden nach Struppen geholt hat, heute diese Haltung zum Vorwurf macht. Opposition gegen den kapitalistischen Staat und seine Herrschaftsorgane ist bei der SPD heute ein todeswürdiges Verbrechen. Besser konnten Richter u. Co. sich nicht entlarven. Dieses Beispiel zeigt, daß die SPD mit samt ihren ehemaligen Radikallinken nichts anderes als Lakaien des deutschnationalen Amtshauptmanns von Thümmel sind. Was soll somit diese Denunziation? In treffenden Ausführungen zeigt unser Genosse Gruhl die wahren Hintergründe des SPD-Antrags auf. Wenn die SPD kein Vertrauen zum Bürgermeister besitzt, so besitzen wir und mit uns der überwiegende Teil der Einwohner von Struppen zu Herrn Richter schon lange kein Vertrauen mehr. Herrn Richter kommt es nur darauf an, sich zeigen zu können. Er möchte lieber heute wie morgen Bürgermeister spielen können. Wie wenig es Herr Richter erwarten kann, zeigt ja die Tatsache, daß er schon im Verwaltungsausschuß an den Bürgermeister die Anfrage richtete, ob er nicht vor seinem Ausscheiden auf Urlaub gehe.

Zu Punkt 7: Kostenschätze über den Bau des Sportplatzes, zeigt es sich, daß lediglich die kommunistische Fraktion Interesse für diese Frage zeigte. Besonders Genosse Hering ist es zu danken, daß gut vorgearbeitet worden ist. Er schlägt vor, beim Bezirksverband die Einwilligung zur Aufnahme eines

Darlehens in Höhe von 10.000 RM einzuholen. Hier blieb es wiederum Richter vorbehalten, gegen den Antrag unseres Genossen zu polemisieren, dagegenzustimmen wagte er allerdings unter dem Druck der anwesenden Turner nicht. Hoffen wir, daß die Turner an diesem Beispiel erkannt haben, daß ihre Freunde und die Förderer ihrer Ideen nur bei der SPD zu finden sind.

Punkt 8: Wohnungsfragen. Hier ließ Richter, der früher, wenn sich's um seine Freunde (er hat deren ja wenig) handelte, gegen die Behandlung dieser Fragen in öffentlicher Sitzung eintrat, alle Gemeinheiten vom Stapel.

Der letzte Punkt wurde abgelehnt. Er betraf die Mitteilung, daß ein Antrag von Gemeindeföhrern auf Herbeiföhrung eines Einwohnerentscheids auf Auflösung des Gemeindeverordnetenkollegiums eingegangen sei. Herr Richter und sein Anhang glauben wahrscheinlich, diesen verschleppen und unmöglich machen zu können. Ein Erfolg wird ihm damit ebenwienig beschieden sein, wie der letzten Gemeindeverordnetenföhung.

Gerade diese Sitzung dürfte auch dem letzten Einwohner gezeigt haben, daß es höchste Zeit ist, die Diktatur des Herrn Richter am Orte zu brechen. Unterstützt die SPD!

Kommt in die von der SPD für den 23. Juni, 20 Uhr, nach dem Mittelgöshof einberufene öffentliche Versammlung.

In der teilsloen Auflösung über die Notwendigkeit der Beileidigung des jetzigen Gemeindeverordnetenkollegiums gegeben wird. Referent ist Genosse Bürgermeister Schreier, Zischowik.

Stimmt für Auflösung!
Stimmt mit Ja!

Der Wirtschaftshof vor Gericht!

Die Stadt Baugen um viele Tausende geschädigt — Keine Kontrolle geföhrt Der verantwortliche Dezernent erscheint im Gerichtssaal nach Schluß der Beweisaufnahme

Baugen. Das Gemeinliche Schöffengericht verhandelte am Dienstag über die Unterföhlungen im hiesigen Wirtschaftshof. Den Vorsitz führte Amtsgerichtsrat Georgi. Als Schöffen fungierten eine Frau und der Landarbeitervertreter Domiale (SPD). Angeklagt waren der Wirtschaftshofinspektor Reusmann, der Verwaltungssekretär Richter und der Wirtschaftsober Sauer. Der Zutritt zum Gerichtssaal war nur gegen Karten gestattet. Anwesend war auch der Untersuchungsausschuß, den die hiesigen Körperföhsen vor zwei Monaten eingeleitet haben, der aber bis heute noch nicht getagt hat. Gerade er hätte viele Dinge klären können, die vor Gericht unklar geblieben sind! Auch die Herren Oberbürgermeister und Bürgermeister liegen sich kurze Zeit sehen, die Presse wird pflichtschuldigst berichtet: Anwesend waren ...

Der Hauptangeklagte Reusmann hat vier Jahre beim Militär gedient, zuletzt als Stabsarztmeister bei den Ober-Husaren. Von da aus trat er 1911 in hiesige Dienste, und zwar gleich als Wirtschaftshofinspektor. Er hat am Kriege teilgenommen, blieb aber unverletzt. Er erhielt das E. K. 2. Kl. und das Albrechtskreuz. 1918 wurde er in einer Geveidende befristet. Näheres darüber wurde vom Gericht nicht mitgeteilt. Er ist verheiratet und hat drei Töchter, die die höhere Mädchenschule besuchen. Er hatte unter sich die Reinigung und Sprengung der Straßen, die Dingerabfuhr, das Plattenweien, die Heizung in den hiesigen Anlagen und die Bewirtschaftung der hiesigen Gölber. In seiner Verfügung standen durchschnittlich 30 Arbeiter, die er anstellte und entließ, mehrere Pferde und zwei Autos.

Sein monatliches Einkommen betrug netto 483 RM

Richter hatte das Schreiberwerk zu erledigen, die Ausgaben zu verbuchen usw.; er verdiente monatlich 300 RM.

Der Vogt Sauer schließlich hatte die landwirtschaftlichen Arbeiten zu beaufsichtigen und die Tagesertragsmittel auszuföhren für einen Gehalt von 220 RM. Die Berechnung und Auszahlung der Löhne lag der Kanzleiassistentin Frä. Arnold ob, die seit 1925 im hiesigen Wirtschaftshof tätig ist. Derselben fiel allmählich auf, daß dauernd Kohlen aus abstrahlen, die nicht abgeholt wurden. Reusmann nahm diese Kohlen an sich mit dem Bemerkten, er werde dieselben selbst ausstrahlen. Richter und Sauer gegenüber erklärte er, viele Gelder würden für Anschaffung von Materialien verwendet, da die Mittel, die im hiesigen Haushaltplan dafür vorgesehen seien, nicht ausreichen. Da im Laufe der Jahre, besonders in den letzten Monaten die Zahl der fiktiven Arbeiter beträchtlich zunahm, wurde der Angeklagten Arnold schließlich unheimlich zumute, und sie teilte die Vorgänge dem Rechnungsrat mit. Nur dadurch kamen die jahrelangen Betrügeereien ans Tageslicht. Das hiesige Rechnungswesen

hatte sich immer auf die rein rechnerische Kontrolle beschränkt und

der Dezernent, Sozialdemokrat Professor Schuster, hatte überhaupt nichts kontrolliert.

Bei der Prüfung der Unterföhlungen ist man nur bis 1924 zurückgegangen. (!)

Der Sachverständige Ehlers sagte vor Gericht etwa folgendes aus: Bei der Prüfung der Kohlen der Jahre 1924 bis 1928 habe ich 327 Fälle betrügeerischer Natur festgestellt. 95 Namen fiktiver Arbeiter kommen vor, die regelmäßig am Schluß der Kohlenlisten stehen. Oft war es nicht mehr möglich festzustellen, ob die eingetragenen Arbeiter auch wirklich gearbeitet haben. Der der Stadt entstandene Schaden muß auf mindestens 1400 RM geschätzt werden.

Die Gelder, die Reusmann auf diese Art erlangte, betragen anfänglich 17 bis 20 Mark wöchentloch, zuletzt bis 221 Mark wöchentloch!

Reusmann gestand, daß er von diesem Geld wiederholt keine Wohnung vorrichten und einen Schweinehof bauen ließ. Auch hat er 10 Hühner, hiesigen Hühner vertriebt. Im übrigen will er Saatgut, Geräte und Materialien angeschafft haben. Die Quittungen hierüber habe er vernichtet, und keine öffentlichen Aufzeichnungen gemacht. Die Beträge im hiesigen Haushaltplan hätten nicht ausgereicht. Die Zeugniserhebung ergab, daß Reusmann die Nachforderungen gestellt habe, obwohl er das im Haushaltplan und Wirtschaftsausschuß hätte tun können. In mehreren Fällen wurde einwandfrei festgestellt, daß die Rechnungen nicht von Reusmann, sondern von der Stadtkassiererin bezahlt worden sind. In anderen Fällen war eine Nachprüfung unmöglich, weil die Angaben Reusmanns viel zu allgemein waren. Selbst die Richtigkeit seiner Behauptungen angenommen, kommen höchstens einige hundert Mark zusammen. Was mit dem übrigen Geld geworden ist, bleibt rätselhaft, um so mehr, als Reusmann mit seinem Gehalt durchkommen konnte und einfach gelebt haben will.

Richter und Sauer gaben an, Reusmann sei immer sehr kurz gewesen. Er habe ihnen auf ihre Fragen gesagt, die übrigen Kohngelder würden für Anschaffungen verwendet. Sie hätten sich dabei nichts Anrechtes gedacht. Auf den Gedanken, Reusmann würde das Geld für sich selbst, seien sie nicht gekommen.

Der Staatsanwalt Dr. Man beantragte:
für Reusmann 2 Jahre Zuchthaus und Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre
für Richter 1 Jahr Gefängnis
und für Sauer 1/2 Jahr Gefängnis.

Witlen im Staatsanwaltschafts-Büro der Dezernent, Sozialdemokrat Schuster. Herr Schuster war ausgerechnet an diesem Tage von dem Wirtschaftsminister Krug v. Nidda zu einer Vorgespräch „wirtschaftlicher Angelegenheiten“ geladen worden. Als er von dort zurückkehrte im Gerichtssaal erschien, war die Beweisaufnahme beendet. Der Gerichtsvorsitzende forderte ihn auf, noch einiges über die Version (!) der Angeklagten zu sagen. Stadtrat Professor Schuster führte aus; er sei seit 1924 Dezernent für den hiesigen Wirtschaftshof. Sein Verhältnis zu Reusmann sei ein gutes gewesen, er habe ihm Vertrauen geschenkt. Reusmann habe keine Pflichten immer pünktlich erfüllt und sei gut bezahlt. Richter und Sauer seien geistig unbeholfen. Von den vorhandenen acht Schweinen und vier Ziegen habe er (Schuster) nichts gemerkt!

Reusmann hatte sich zum Verteidiger Herrn Dr. Fleischer aus Dresden kommen lassen, den bekannten Rechtsberater des Bräufelpaffen Widmann. Dr. Fleischer appellierte zunächst an die bürgerliche Gemütsart des Gerichts. Er sei doch „ein braver Kriegsteilnehmer“ gewesen. Seine laufende Arbeit habe einer ständigen Kontrolle nicht unterlegen.

Reusmann sei zurückgekommen aus der Demoralisation im Felde, an der das deutsche Volk heute noch leide.

Kriegsteilnehmer bedürfen einer besonderen Kontrolle, diese habe aber geföhlt. Er plädierte in seinen rätselhaften Ausführungen für mildernde Umstände und gegen Ehrverlust.

Nach den Ausführungen des anderen Verteidiger zog sich das Gericht zurück und verhandelte dann folgendes

Urteil: Reusmann 1 Jahr Gefängnis (die geistlich zulässige Mindeststrafe) und 2 Jahre Ehrenrechtsverlust; Richter und Sauer werden kostenlos freigesprochen.

Der Prozeß war in mehr als einer Hinsicht interessant. Er zeigte nicht nur die geradezu unverantwortlich leichtsinnige Art der Arbeit im allgemeinen, sondern vor allem auch, wie die den Staat erobermüßenden Sozialdemokraten ihres „schweren Amtes“ wegen, mehr als einmal machten unsere Genossen an den verschiedenen hiesigen Einrichtungen, insbesondere dem Wirtschaftshof hart Krut aben. Das sie voll und ganz berechtigt war, zeigt der Prozeß. Die Baugeschäftstätigen werden daraus ihre Lehren zu ziehen wissen!



AGIS-VERLAG, WIEN-BERLIN

Zum Verbandstag des ADGB

Von W. Albricht.

Die Hamburger Tagung ist von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Die zentrale Frage ist:

Sollen die freien Gewerkschaften Organe der kapitalistischen Wirtschaftspolitik werden oder sollen sie die Klasseninteressen der Arbeiter vertreten und den Kampf für die Beseitigung der kapitalistischen Lohnsklaverei führen.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer versuchen, die Illusion zu fördern, daß es auch den Arbeitern besser gehen werde, wenn die kapitalistische Wirtschaft weitere „Fortschritte“ mache. Dementsprechend vertreten sie die Auffassung, daß die gegenwärtige Periode eine Ubergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus darstelle und daß die Arbeiter auf dem Wege der „Wirtschaftsdemokratie“ allmählich die Macht erringen können.

Wenn auf dem ADGB-Kongreß wirklich von den Betriebsarbeitern gewählte Arbeiterdelegierte die Beschlüsse fassen würden, bestände keine Aussicht, daß sich der Kongreß für die Wirtschaftsdemokratie entscheidet. Die Gewerkschaftsmitglieder haben die Nase voll von der „gemeinamen Arbeit aller Kreise der Bevölkerung“. Die Rationalisierung hat den Profit der Unternehmer erhöht und ihre Macht gefestigt. Das Schlichtungsweesen diente der Knebelung der Arbeiter. Durch das Arbeitszeitgesetz wurde der Zehntundentag festgelegt. Die „Tarifstreue“ dient der langfristigen Bindung der Arbeiter. Sie verhindert die Ausnutzung günstiger Kampfmöglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die Arbeitsgerichte sind Hilfsmittel zum Raub des Streikrechtes und zur Einschränkung der Rechte der Betriebsräte. Die Arbeitslosenversicherung diente der Abwälzung der Versicherungslasten auf die Arbeiter und der Herabsetzung der Unterhaltungsstufe. Das „gleichberechtigte Zusammenwirken“ der Gewerkschaftsvertreter mit den Unternehmern im Reichswirtschaftsrat, Reichskohlenrat usw. diente ausschließlich den Interessen der Besitzer der Produktionsmittel. (Mithilfe der Gewerkschaftsvertreter bei der Rationalisierung, Zustimmung zur Erhöhung der Kohlenpreise usw.)

Diese bitteren Erfahrungen bringen immer weitere Kreise der Arbeiter zu der Überzeugung, daß nicht durch „gemeiname Arbeit“ mit den Unternehmern, sondern nur durch den Klassenkampf gegen die Unternehmer und ihre Staatsmacht die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse verbessert und die Macht der Bourgeoisie erschüttert und beseitigt werden kann. Entgegen diesen Erfahrungen predigt die Sozialdemokratie die großen Erfolge der „staatlichen Regelung des proletarischen Schicksals“. Die Arbeiter sollen auch noch die staatliche Knebelung (Zehntundentagsgesetz, Schlichtungsweesen usw.) als einen Fortschritt preisen. Damit entgegnet dem Willen der Arbeiter auf dem ADGB-Kongreß ohne wesentlichen Widerstand Beschlüsse in der Richtung der wirtschaftsfriedlichen und Koalitionspolitik der Sozialdemokratie angenommen werden, die „Wahl“ der meisten Delegierten durch die Gewerkschaftsbureaucratie. Die reformistischen Führer fürchten die Kritik der Gewerkschaftsmitglieder aus den Betrieben. Deshalb haben die Gewerkschaftsverbände in den meisten Verbänden die Wahl der Delegierten durch Wahlverbände verhindert.

Die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder ist der Auffassung, daß der ADGB und seine leitenden Organe die Pflicht haben, die Arbeiterkämpfe für Arbeitszeiterhöhung, Lohn- und Ausbaur der Sozialpolitik zu organisieren und zu führen. Der Bundesvorstand tat das Gegenteil. Während der Bergarbeiterbewegung und der Hüttenarbeiterbewegung bemühte er sich durch wirtschaftsfriedliche Propaganda, die Arbeiterfront zu schwächen und die Voraussetzungen für das Eintreten der Schlichtungsinstanzen und des Arbeitsministers zu schaffen. Nachdem der Bundesvorstand eine breite Agitation zur Unterstützung der kapitalistischen Rationalisierung geführt hatte, und mit Unterstützung der reformistischen Bureaucratie die Arbeiterausbeutung verschärfte und das Arbeitslosenheer größer wurde, tat der ADGB nicht das geringste zur Organisation des Kampfes für den Siebenstundentag. Ja, er wagte nicht einmal diese Forderung zu stellen, obwohl angeht die veränderten Verhältnisse diese Forderung eine Notwendigkeit ist. Statt, wie das Vorbild der Sowjetunion zeigt, die Arbeitermassen für den Siebenstundentag zu mobilisieren, verleumdete die Reformisten die Sowjetmacht. Nicht einmal für den Achtstundentag und die 45-Stunden-Woche wurde der Kampf geführt, sondern die reformistische Bureaucratie unterstützte die

Tätigkeit der Schlichtungsinstanzen, die entsprechend den Anweisungen der Unternehmer und ihrer Regierung jede wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit durch Zwangsschiedsprüche zu verhindern suchten. Ebenso wie die Schlichtungsinstanzen, widersprach auch die Einführung der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsgerichte den Interessen der Arbeiter.

Angeht die arbeiterfeindliche Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbureaucratie und der Illusionen eines Teiles der Arbeiter muß die Vorbereitung des ADGB-Kongresses benutzt werden zur breiten Agitation in den Betrieben und Gewerkschaften gegen die wirtschaftsfriedliche Orientierung der ADGB-Instanzen, für die Erfüllung der Klassenkampfaufgaben durch die freien Gewerkschaften. Die Wiederherstellung des Klassenkampfcharakters der Gewerkschaften erfordert die Verwirklichung der proletarischen Demokratie in den Organisationen. Wenn nicht die Bureaucratie, sondern die Arbeiter selbst bestimmen über die Strategie und Taktik ihrer Organisation wenn das Bestimmungsrecht der Mitglieder wiederhergestellt wird, dann werden die freien Gewerkschaften wieder Klassenkampforgane, dann wird die Kampfkraft der Gewerkschaften gestärkt und immer breitere Arbeitermassen werden die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation erkennen. Die Ausschließ- und Spaltungsmassnahmen der Bureaucratie, die Einschränkung des Bestimmungsrechts der Mitglieder bedeutet dagegen Schwächung und Disziplinierung der freien Gewerkschaften.

Die Erfahrungen in den Arbeitertämpfen der letzten Monate lehren, daß immer breitere Massen zu der Erkenntnis kommen, daß die Arbeiterforderungen nur auf dem Wege des Klassenkampfes durchgesetzt werden können. Soar die bisher unorganisierten Arbeiter haben sich diszipliniert an den Streikbewegungen beteiligt. Die Zunahme der kommunistischen Stimmen bei den Reichstagswahlen, der Verlust des Zentrums an Arbeiterstimmen und der Wille der sozialdemokratischen Arbeiter zur Durchsetzung der Arbeitszeit und Lohnforderungen trotz Schlichtungsweesen, sind Anzeichen des zunehmenden Kampfwillens der Massen. Es gilt die organisierte Kampfkraft der 4,5 Millionen Gewerkschaftsmitglieder und der Millionen Sympathisierender zur Durchsetzung folgender gegenwärtiger Aktionsaufgaben zu mobilisieren und zum Kampf zu führen:

1. Organisation einer Klassenbewegung für Siebenstundentag im Bergbau unter Tage, Hüttenindustrie und gesundheitsgefährliche Industrien, für Achtstundentag-Normalarbeitszeit und 45-Stunden-Woche, Kampfbündnis der Gewerkschaften des Bergbaues, der Metallindustrie, der chemischen Industrie und des Verkehrs zur Entfaltung der Mindestforderungen durch den Streik. Diese Kämpfe für Verkürzung der Arbeitszeit sind zu führen mit dem weiteren Ziel der Einführung des Siebenstundentages in der Gesamtindustrie und der Sechsstundentag in Bergbau, in chemischer Industrie und anderen gesundheitsgefährlichen Industrien.
2. Kampf um Erhöhung der Realloöhne insoweit der Forderung und Steigerung der Produktivität der Arbeit, ohne Rücksicht auf das formelle Niveau von Tarifverträgen.
3. Bekämpfung des Schlichtungsweesen durch Nichtbeteiligung an den Schlichtungsverhandlungen, durch Disziplinierung des Schlichtungsweesen und Entfaltung der Arbeiterforderungen auch gegen verbindlich erklärte Schiedsprüche.
4. Kampf um Erhöhung der Unterhaltungsstufe der Erwerbslosen unter Gleichstellung der Arbeiter, Arbeiterinnen und Jugendlichen. Gegen jede Beschränkung der Unterhaltungsstufe, gegen die Militärlöhne, gegen die Lohnkassenstaffelung der Versicherung, gegen die Erwerbslosenversicherung.
5. Schaffung von Industrierverbänden. In jeder Industrie, in jedem Betrieb eine Gewerkschaft!

Verbandskollegen des ADGB

Am 13. August ist Verbandstag. Am 1. Juli werden die Verbandsdelegierten gewählt. Auf dem Verbandstag wird die Politik des Verbandes für die nächsten 2 Jahre festgelegt. Wollt ihr höheren Lohn und Achtstundentag, wollt ihr, daß die Macht des Verbandes, ohne Rücksicht auf die kapitalistische Wirtschaft, dafür eingesetzt wird, dann müßt ihr oppositionelle Delegierte zum Verbandstag schicken, dann müßt ihr der Liste B eure Stimme geben!

6. Herstellung der Demokratie in den Gewerkschaften. Entschieden das Bestimmungsrecht der Mitglieder bei Einleitung, Durchführung und Abschluß von Bewegungen und sonstigen gewerkschaftlichen Aufgaben. Die proletarische Demokratie in den Gewerkschaften fördert die Aktivität der Mitglieder, stärkt die Kampfkraft der Organisation und sichert die Einheit des Verbandes. Für die Wiederannahme der ausgeschlossenen oppositionellen Gewerkschaftsmitglieder und Rückgängigmachung der Ausschließverfahren.

7. Zurückziehung der Gewerkschaftsmitglieder aus dem Reichswirtschaftsrat, Reichskohlenrat, Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, Internationalen Arbeitsamt und anderen arbeiterfeindlichen Organisationen. Nichtbeteiligung an den sogenannten „wissenschaftlichen“ Untersuchungskommissionen, die nur die Begründung für die Schlichtungsentscheidungen vorbereiten. Nichtbeteiligung an den Handelsvertragsverhandlungen und an den Verhandlungen des Röhlerbundes.

8. Kampf gegen alle Feinde der Sowjetunion, insbesondere gegen die Kriegsvorbereitungen der Röhlerbundesstaaten gegen den Neutralitätsbündel der deutschen Regierung. Breite Aufklärungskampagne in den freien Gewerkschaften über die Bedeutung der Sowjetmacht für den Befreiungskampf des internationalen Proletariats.

Für Einberufung eines internationalen Kongresses aller Gewerkschaften zur Schaffung einer einheitlichen, die Gewerkschaften aller Länder, aller Rassen und aller Kontinente umschließenden Klasseninternationale.

Der Kampf für diese Forderungen ist der Kampf gegen die Herrschaft des Trübsapitals und seine Koalitionregierung. Der Bundesvorstand des ADGB will den ADGB-Kongreß benutzen, um entsprechend den Beschlüssen des Kieler Parteitag des SPD die freien Gewerkschaften zu Hilfsorganen der kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsmacht auszubauen. Die zunehmende Verfallung des Gewerkschaftsapparates mit dem Wirtschafts- und Staatsapparat, die zunehmende Korruption des obersten Gewerkschaftsapparates erfordert, daß in allen Betrieben und Gewerkschaften die Arbeiter gegen diese wirtschaftsfriedliche Politik Stellung nehmen und einseitig zum Ausdruck bringen, daß die freien Gewerkschaften zu Organisationen des revolutionären Klassenkampfes ausgebaut werden müssen.

Porzellanmanufaktur Meissen

Am Mittwoch dem 13. Juni gelangte im Haushaltausschuß II des Sächsischen Landtages der Etat der Sächsischen Porzellanmanufaktur in Meissen zur Behandlung. Die bürgerlichen Parteien erklärten sich mit dem Etat einverstanden. Generaldirektor Pfeiffer von der Manufaktur hielt eine schöngeplante Rede, nach der innerhalb der Manufaktur alles in bester Ordnung ist. Die Regierungsveteren stimmten ihm dabei bei.

Für die kommunistische Fraktion sprach Genosse Böttcher. Er kritisierte die Produktionspolitik der Manufaktur, die immer noch viel zu viel eine Fabrik für reiche Leute ist. Die Erzeugnisse der Manufaktur können nur von zahlungsfähigen Kunden gekauft werden. Die Arbeiterklasse ist infolge ihrer schlechten sozialen Lage nicht imstande, als Konsument Meissener Porzellanwaren aufzutreten. Die Manufaktur müßte sich mehr auf preiswerte Massen- und Gebrauchsgüter einstellen. Das hindert nicht eine gezielte Erzeugungstätigkeit. Die Arbeitsverhältnisse lassen sich noch sehr viel zu wünschen übrig. Ein Arbeiter, der seine Interessen gegenüber dem Meister verteidigt hat, wurde wegen „Beamtenebelung“ fristlos entlassen. Genosse Böttcher beantragte die Umkehr der Sammelkassen für den Wahllokal im Betrieb verboten. Das Erhalten der Meissener Manufaktur bedarf dringend des Ausbaues. Gen. Böttcher beantragte, hierfür im laufenden Jahre 20 000 RM einzusetzen. Des weiteren fordert unser Redner Auskunft über die Gesundheitsführung der Meissener Lotterie und die Stellungen der Meissener Manufaktur anlässlich der Tausendjahrfeier in Meissen. Die Anträge der Kommunisten wurden natürlich abgelehnt.

Für die sozialdemokratische Partei sprach der Abg. Dohbert. Dieser erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion den kommunistischen Anträgen zustimmen werde. Herr Abg. Dohbert beantragte außerdem, für die Errichtung einer Berliner Niederlassung der Manufaktur 500 000 RM zinsfreien Kredit zur Verfügung zu stellen.

Die kommunistischen Anträge wurden gegen die Stimmen der SPD und SPD abgelehnt.

Die Beratung der Vorlage über die Neuregelung der Pensionstafel der Porzellanmanufaktur wurde vertagt.

Verantwortliche Redakteure: für Innen- und Außenpolitik: Rudolf Kerner; für Volkswirtschaftlichen Sport und Kultur: Richard Spang; für den Internationalen: Arthur Hübner; sämtlich in Dresden. Verleger: Dresdener Verlagsanstalt - Druck: „Gruco“ - Druckereibetriebe Dresden

EJUS

ROMAN VON LAWRENCE H. DESBERRY

(19. Fortsetzung)

„Ich will jetzt gehen.“ sagte Tommy, der vor Ungeduld brannte, Harvey Word von seinem Erfolg zu berichten. „Gute Nacht.“

„Gute Nacht. Mach nicht zu viel Lärm im nächsten Stockwerk; dort wohnt neuerdings ein Kerl, der mir gar nicht gefällt. Er suchte mich einmal auf, entließ mich eine Haue, behauptete, an der Leine sei der Stiel abgebrochen. Ich weiß nicht, was ich gegen ihn habe, aber er kommt mir verdächtig vor.“

„Wie heißt er?“ fragte Tommy.

„Michael Crimmon.“

Bereits am folgenden Abend suchten Harvey Word und O'Keefe, von Tommy geführt, den Großvater auf, und der Reporter stellte fest, daß der alte Mann tatsächlich der gleiche sei, mit dem er und Ethel Wright im Zentral-Park gesprochen hatten. Harvey Word verbrachte eine halbe Stunde allein mit dem Alten, während O'Keefe und der Großvater wie alte Bekannte miteinander plauderten.

Schließlich froh Word aus dem Schrank hervor. „Es scheint sich um einen Fall ziemlich plötzlich eingetretener Gedächtnisschwäche zu handeln.“ erklärte er. „Gewisse Gedächtnisverbindungen bestehen noch, das wird durch die Tatsache bewiesen, daß der alte Mann mir die gleichen Antworten gab wie Ihnen, O'Keefe. Ich müßte ihn zu mir nehmen und eine Zeitlang ständig beobachten, sehen, wie er auf seine Umgebung reagiert. Seine Anwesenheit würde niemand auffallen, da ich häufig mittellose Patienten in meinem Hause unterbringe.“

„Wir müssen nur beim Fortschaffen des Alten größte Vorsicht beobachten.“ sagte der Großvater. „Die Person, die ihn mir anvertraute, behauptete heiß und fest, er werde von jemandem verfolgt. Wer dieser Jemand sei, wüßte ich nicht zu wissen, doch erklärte sie, daß sie von einem äußerst verlässlichen, vertrauenswürdigen Menschen gewarnt worden sei.“

„Wie wäre es.“ rief Tommy, „wenn wir ihn in eine große Kiste legen und in einem Möbelwagen transportieren? Das würde niemand auffallen.“

„Eine gute Idee.“ meinte O'Keefe.

„Möbelwagen und Feder beizuge.“ sagte der Großvater hinzu. Sie plauderten noch eine Weile über verschiedene Dinge, und der Großvater tat abermals seiner besonderen Antipathie, Michael Crimmons, Erwähnung.

Als die drei das Haus verließen, stieß Tommy, der als letzter kam, in der Tür mit einem hageren Manne zusammen. Die Freunde über seinen Erfolg hatte den einstigen Taschendieb noch übermütiger gemacht als sonst. Einem plötzlichen unwilligen Einfall folgend, hielt er den mageren Mann am Rock fest und fragte hochnäsig: „Sind Sie Herr Michael Crimmon?“

„Ja.“

„Ich war eben bei Ihnen oben, wollte Sie warnen.“ Tommys Stimme wurde feierlich: „Hüten Sie sich, Herr Crimmon, man ist Ihnen auf der Spur.“

Ohne eine Antwort des verblüfften Mannes abzuwarten, rannte Tommy den Freunden nach.

Am folgenden Tage berichtete Michael Crimmon seinem Vorgesetzten, Dave Simpkins, über den Vorfall. Dieser ranzelte die Stirn und sagte ärgerlich: „Sie müssen irgendeine Unvorsichtigkeit begangen haben, Crimmon. Es wird am besten sein, wenn Sie für einige Zeit von der Bildfläche verschwinden. Wir werden in einer anderen Stadt Arbeit für Sie finden. Ich bin überhaupt recht unzufrieden mit Ihnen. Diese Geschichte mit dem verfluchten Alten... Sie haben nun einen Monat Zeit gehabt, ihn zu finden.“

„Herr Simpkins.“ entgegnete der Spindel mit ehrlichem Bedauern, „ich habe mein Möglichstes getan, ganz Newport durchsucht, alle meine Verbindungen ausgehakt. Vergeblich. Der alte Mann ist wie vom Erdboden verschwunden.“

Drei Tage später ließ Dr. Harvey Word die alte Großvateruhr abholen, die er Herrn Eld abgekauft hatte. Das wertvolle antike Möbelstück gelangte unverleert in seinen Besitz. Michael Crimmon, der eben daheim war, bemerke eine ganz unerwartete Liebeshändlichkeit, die Mary Eld, vielleicht mit Recht, ihren schönen Augen und ihrem reizenden Lächeln schrieb; Herr Crimmon half den Federn, das wertvolle Stück sorgfältig, den Deckel nach oben, in den Möbelwagen heben.

9. Kapitel

Zwei Briefe aus Florida

Harvey Word hielt den alten Mann unter ständiger Beobachtung, stellte auch mit ihm allerlei Versuche an, doch gelang es ihm nicht, über die Herkunft seines Patienten irgendetwas

zu erfahren. Der alte Mann schien tatsächlich alles vergessen zu haben, was sein früheres Leben betraf. Er war freundlich und heiter, gehorchte dem Arzt aufs Wort, wie ein artiges Kind, äußerte nie einen Wunsch. Er konnte stundenlang am Fenster sitzen, hinausbliden, oder in einem Bilderbuch blättern. Harvey Word machte allerdings eine seltsame Feststellung, die ihn aber auf keine Spur zu bringen vermochte: der alte Mann konnte keine schönen Frauen leiden. fand er in einer Zeitschrift das Bild einer schönen Frau, so riß er das Blatt heraus und zerfetzte es wütend in kleine Stücke; sah er in Harvey Words Wartezimmer eine schöne Patientin, so betrachtete er sie mit unvorhoblerer Heißhunger, wurde jornig und aufgereg, brummte verständnislose Worte vor sich hin.

Der Zufall wollte es, daß er zugegen war, als Word einer Patientin eine Dose überreichte, die eine weiße Masse enthielt, und nun ereignete sich etwas Wertwürdiges: der alte Mann stürzte sich auf die Frau, riß der Erzkundigen die Dose aus der Hand, warf sie auf den Fußboden, zertrat sie und schrie mit sich überschlagender, freischender Grollstimme: „Mörderin! Mörderin!“

Nur mit Mühe gelang es dem Psychiatern, den Tobenden ins anstößende Zimmer zu zerrn und zu beruhigen. An diesem Tag blieb der alte Mann düster und verstimmt. Er schien sein armes verwirrtes Gehirn anzustrengen, wollte Word etwas sagen, aber es war, als finde er die Worte nicht. Gegen Abend, als er sich etwas beruhigt hatte, holte Word eine gleiche weiße Dose aus dem Medizinischraum und stellte sie vor seinen Patienten hin. Der alte Mann starrte sie erschrocken an, als lähe er ein Gespenst, schlug dann beide Hände vors Gesicht und brach in bitterliches Weinen aus. Harvey richtete an ihn verschiedene Fragen, erhielt aber immer nur die gleichen, von Schlägen erstickten Antworten: „Mörder“, „Mord“, „Verbrechen“. Schließlich griff der alte Mann nach der Dose und erklärte: „Das ist mein Eigentum, wurde mir geraubt. Niemand darf es besitzen, außer mir.“ Er öffnete die Dose und sah daran. Sie enthielt ein stark mit Terpentin riechendes Mittel gegen Neuralgie. Das zerzerste Gesicht des alten Mannes plättete sich, er lachte freundlich, gab Word die Dose zurück. „Das darfst du behalten, das ist nichts Böses.“

Eines Abends erschien O'Keefe zusammen mit Jack Benson bei dem Psychiatern.

„Eine neue Spur.“ erklärte der Reporter. „Wohin sie führt, weiß ich nicht, aber sie dürfte nicht belanglos sein.“

(Fortsetzung folgt.)

BLUMEN FÜR FREUD u. LEID G. GOHLICH'S

Zigarren, Zigaretten, Tabake Willy Krause

Musik- und Tabakwaren GEORG HIPPE

Konditorei Paul Israel

Spezialhaus für Herrenmoden Franz Kiebler & Sohn

Fleischerei J. Puschwitz

LEBENSMITTEL Schackert

Dampfbackerei Max Schreiber

METROPOL- LICHTSPIELE

Kaufhaus Wernicke

Lebensmittel Elise Klemann

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei A. Scheinig

Hotel Deutsches Haus

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Paul Kleinschke

Spezial-Puhngeschäft D. Stelzer

KAUFHAUS VOSS

Mechan. Schuhreparaturanstalt Leder- verkauf

Kolonialwaren / Grünwaren R. FOSSAN

Schokoladen und Süßwaren

Alfred Oelfschlägel

Müllhaus Willy Wernicke

FLEISCHEREI SCHIFFNER

Brot- und Weißbäckerei Karl Döngel

Brot- und Weißbäckerei Arthur Köstlich

Kolonialwaren / Routine H. Jetter

Brot- und Feinbäckerei H. Hüpper

Textil-Wagner

UHREN, GOLDWAREN, OPTIK OTTO RICHTER

Konfektionshaus Rudolf Lederer

Bubikopf-Schnitt und Neuerschneidung

Kohlen Landesprodukte

Fahrräder / Nähmaschinen

Möbel- u. Linoleumhaus

Lebensmittel Erich Werner

Elektro-Tiebel

Bierhandlung Emil Hartjen

Kolonialwaren Fritz Kiebler

Schuhhaus Baum

Uhren / Goldwaren / Optik Alfred Weich

Modehaus Karl Schulze

Herren- und Damengarderobe

Fleischerei Max Ziegenbalg

Schützenhaus

Buchhandlung / Buchbinder

Feilwaren, Hüte, Mützen

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Radeberger Fischhalle

Fahrräder / Nähmaschinen

Markt Drogerie Otto Schumann

Möbelhaus und Werkstätte

WARENHAUS IKENBERG

Eisenhandlung

Nähmaschinen- und Fahrradhaus

Fleischerei Max Messerschmidt

Photohaus Bütz

Schuhhaus Winkler

Delikatessen und Fischwaren

Drogen und Farben

Werkhaus „Schäffler Meister“

Radeberger Seifenfabrik

Herren- und Damenfrisier

Lederhandlung

Fahrräder, Kraftfahrzeuge

Erste Radeberger Markthalle

Schuhzentrale Radeberg

Wir empfehlen Euch Goldstern cigarette 4 Pf. Cigarettenfabrik „Türkenperle“, Dresden-N.

Erstkl. Herren- u. Damenfabrik

Fleisch- und Wurstwaren

Alpina-Uhren

Radio-Apparate

Drogen- und Farbenhandlung

Kolonialwaren, Spirituosen

Schuhhaus Gebr. Kunze

BRUNO KEMPE

Musikapparate - Platten

Fahrrad-Götte

Kongert- und Ballhaus

Sporthaus Erich Brandt

Schuhhaus Paul Jutz

S. Schöner

S. Köstlich

Trinkt Meißner Felsenkeller

Fleisch- und Wurstwaren

Flud- u. Seefisch-Spez.-Geschäft

Gmit Lehmann

Fleisch- und Wurstwaren

F. W. Bier

Messow & Waldschmidt

Optiker Wagner

Walter Richter

Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe

Kleider-Winkler

Kaiserbrauerei u. Wanderheim

Paul Naumann

LINDENGARTEN

Albert Schmiedgen

E. Röder

Kurt Dode

Albert Klunker

J. Diederichs

Carl Friedrich & Co.

Carl Schaefer

Gasthaus u. Fleischerei

Alle Möbel- und Bauleistungen

Erich Schäfer

STEPHENSON-LICHTSPIELE

Robert Müller

WILSCHDORF

HELLERAU RAHNITZ

ALBERT SCHMIEDGEN

H. Fleisch- und Wurstwaren

H. Fleisch- und Wurstwaren

KURT BENAD

Trinkt Bier der Kamenzer Brauerei

MAX ZSCHOKE

Getränke Industrie B. Zeuner

Butterhandlung

Schnitt- und Kolonialwaren

Ballhaus / Gasthof

PEINE FLEISCH- und Wurstwaren

Wäsche, Textilwaren

Kolonialwaren

Feinkost- Kolonialwaren

BLÄSEWITZ

Gasthof zu Blasewitz

Schillerplatz 11

Witwin Neumann

A. Synatzschke

Herrenartikel

Woll- und Baumwollwaren

Genossen!

Emil Russig

Kreuz-Drogerie

KRONE bleibt KRONE

GORKNITZ

Gasthof Gorknitz

DRESDEN REICH

Elektr. Anlagen

Kaufhaus Relch

Kaiser Drogerie

KOLONIALWAREN